

Posener Zeitung.

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Inserate
(14 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 14. Febr. Se. R. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem Raths-Zimmermeister Bar. v. Praditz, das Prädikat eines Königlich-Hof-Zimmermeisters zu verleihen.
Se. Königliche Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen ist nach Dresden abgereist.
Angelommen: Der General-Major und Commandeur der 5. Infanterie-Brigade, von Baczko, von Stettin.

Nr. 39 des „St. Anz.“ enthält Seitens des k. Justizministeriums ein Erkenntnis des Königl. Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte vom 7. Mai 1859, daß über die Geheimgabe oder Zweckmäßigkeit eines von der Landes-Polizeibehörde angeordneten Brückenbaues der Rechtsweg nicht gestattet, ein Streit unter Privatparteien über die Verpflichtung zu einem solchen Bau und über den Umfang desselben aber der richterlichen Entscheidung unterworfen sei.

Telegramme der Posener Zeitung.

Paris, Montag, 13. Februar Nachmittags. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Madrid vom 11. d. M. hat der Marschall O'Donnell einen Tagesbefehl erlassen, in welchem er sagt, daß er die Operationen so lange fortsetzen werde, bis der Feind um Gnade gebeten habe. Spanien beabsichtige nur Rache für die ihm angethanen Beleidigungen zu nehmen und wolle nur für seine Verluste entschädigt sein.

Konstantinopel, Montag, 13. Februar Morgens. Die von dem „Pays“ gemeldete Nachricht, daß ein Aufstand in Konstantinopel ausgebrochen sei, ist eine reine Erfindung. Es hat sich weder eine Spur von einem Aufstande gezeigt, noch ist ein Grund zu einem solchen vorhanden.
(Eingegangen 14. Februar 8 Uhr Vormittags.)

Wien, Dienstag 14. Febr. Wie hier allgemein und selbst an Stellen, die wohl unterrichtet zu sein pflegen, gesagt wird, geht die Regierung mit dem Projekte einer neuen Anleihe um. — Aus Neapel wird hierher gemeldet, der König habe die Freilassung der politisch Verdächtigen, und nur die erwiesenen Schuldigen den kompetenten Gerichten zu übergeben befohlen.

Curia, Montag 13. Febr. Hier eingetroffene Briefe aus Sicilien melden: Die polizeilichen Verhaftungen dauern fort, und es heißt sogar, einige der polizeilich Angeeschuldigten seien unter der Tortur gestorben. — Es ist eine Proklamation in Sicilien verbreitet, welche zum allgemeinen Aufstande einladet und die Hoffnung ausspricht, auch Neapel werde sich demselben anschließen. Der Schluß der Proklamation lautet: Erhebet euch unter dem Rufe, es lebe Italien! Es lebe der König von Sardinien!
(Eingeg. 14. Febr. 10 Uhr 55 Min. Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 13. Febr. [Falsche Mittheilungen über die preußische Politik; die Mission des Generals v. Wildenbruch; Erläuterungen zum Budget.] Man giebt sich in Paris und London das Ansehen, als ob man der Zustimmung Preußens zu den englisch-französischen Abmachungen über die italienische Frage schon völlig gewiß wäre. Kaum ist die Aeußerung, welche jüngst Lord John Russell vom Telegraphen in den Mund gelegt wurde, mit allem ersichtlichen Nachdruck widerlegt, so will eine in den englischen Blättern aus Paris mitgetheilte telegraphische Depesche wissen, das Berliner Kabinet habe zwar den englischen Vorschlägen zur Regelung der italienischen Verhältnisse seine Zustimmung ertheilt, doch mit einem sehr wichtigen Vorbehalte. Hr. v. Schleinitz habe nämlich erklärt, daß Preußen keine Kombination billigen könne, welche den Legimitätsgrundsätzen zuwider wäre. Von vornherein trägt die ganze Nachricht den Charakter der Unwahrscheinlichkeit und dazu noch des Widerspruchs an sich. Denn das Wesentliche der englischen Vorschläge besteht eben darin, daß die Bevölkerung Mittelitaliens über die Wahl ihrer Regierung entscheide, ein Verfahren, welches mit der Wahrung des Legimitätsprinzips Nichts gemein hat. Es kann also überhaupt entweder nicht von einem prinzipiellen Vorbehalt oder nicht von einer Billigung der englischen Vorschläge die Rede sein. Von unterrichteter Seite wird mir übrigens versichert, daß die Nachricht jeder thatsächlichen Begründung entbehrt, und daß Preußen es noch gar nicht für angemessen erachtet hat, eine bestimmte Erklärung über die englisch-französischen Vorschläge abzugeben. — Von einigen Blättern ist gemeldet worden, daß die Mission des Generals v. Wildenbruch nach Italien wieder ausgegeben sei, von anderer Seite, daß derselbe seine Reise bereits angetreten habe. Thatsächlich ist, daß der General zur Stunde noch hier verweilt, aber Vorbereitungen zur Abreise trifft. Man hält für gewiß, daß er eine wichtige politische Aufgabe zu erfüllen haben wird, wenn auch seine Sendung keinen amtlichen Charakter hat. — Aus den Zahlen des diesjährigen Staatshaushaltsetats geht hervor, daß nur die Finanzverwaltung mit wirklichen Mehreüberschüssen hat veranlagt werden können, deren Gesamtbetrag sich auf 1,753,834 Thlr. beläuft und zu denen die indirekten Steuern der Hauptbeitrag mit einer Mehreinnahme von 994,000 Thlrn. liefern sollen. Die Ueberschüsse des Handelsministeriums sind um 554,564 Thlr. geringer als im Vorjahre veranlagt, obgleich der Eisenbahn-

Amortisationsfonds mit 403,073 Thlr. verfügbar gestellt wird. Der Ausfall hat seine Erklärung in einer vermuthlichen Mindereinnahme aus der Verwaltung der Telegraphen, der Bergwerke, Hütten und Salinen und der Eisenbahnen. Die übrigen Ministerien ergeben einen Einnahmeausfall von zusammen 32,316 Thlr.

[Berlin, 13. Febr. [Vom Hofe; aus dem Herrenhause; Verschiedenes.] Die Königin von Sachsen, für deren Ankunft alle Vorbereitungen getroffen worden, hat gestern Abend spät dem Hofe die telegraphische Depesche zugehen lassen, daß sie ihren Besuch verschieben müsse. Diese Nachricht wurde sofort zur Kenntniß der Mitglieder der königlichen Familie, des Hausministeriums, des Hofmarschallamtes, der betreffenden Eisenbahndirektionen u. gebracht. Auf der Anhalter Bahn war schon ein Separat-train bereit gehalten worden, mit dem die Direktion der hohen Frau bis Röderaue heute früh entgegengehen wollte. Was die Königin veranlaßt hat, die Reise nach Schloß Sanssouci zu verschieben, weiß man nicht, ebenso wenig ist bis jetzt bekannt, wann ihr Besuch zu erwarten steht. — Der Prinz-Regent ließ sich heute von den Geheimrathen Costenoble und Mlaire Vortrag halten und empfing darauf den Fürsten von Hohenzollern, der sich später aus dem Palais ins Herrenhaus begab, in welchem auch Prinz Friedrich Wilhelm anwesend war, welcher der Verhandlung über die Regierungsvorlage, betreffend das Ehrerecht, längere Zeit betwohnte. Wie groß das Interesse für diese Verhandlung ist, davon gaben die überfüllten Tribünen Zeugniß. Der Andrang war gewaltig und sehr viele mußten umkehren, weil gar keine Eintrittskarten mehr zu haben waren. Während der Verhandlung erkrankte der Kronsyndikus, Birkel. Geheimrath und Konfistorialpräsident, Graf v. Boß-Buch, und mußte das Haus verlassen. — Der Prinz-Regent hat die Soirée, welche gewöhnlich Donnerstags in seinem Palais stattfindet, abgesehen lassen, weil gerade auf diesen Tag, am 16. d. der Geburtstag der vereinigten Großherzogin-Mutter von Sachsen-Weimar fällt, den die Frau Prinzessin von Preußen in stiller Zurückgezogenheit begehen will. Dafür findet am Sonnabend im Palais ein großes Hofkonzert statt, mit dessen Leitung der General-Musikdirektor Meyerbeer beauftragt ist. Derselbe hat bereits das Programm dem Intendanten der Hofmusik, Grafen v. Redern, vorgelegt. Die Absicht, im Palais noch eine Theatervorstellung zu veranstalten, ist völlig aufgegeben und das Theater bereits heute aus dem Saale entfernt worden. Beim Prinzen Friedrich Wilhelm wird am Mittwoch, unter Tauberts Leitung, ein Konzert stattfinden und sich in demselben, wie verlautet, vor den hohen Herrschaften auch Dreyßhofs hören lassen, dessen Spiel in der Soirée des Grafen v. Redern große Anerkennung gefunden hat. Für seine Konzerte in der Singakademie zeigt sich auch große Theilnahme. Der Virtuose geht von hier nach Petersburg. — Die Herzogin von Sagan hat sich heute bei Hofe verabschiedet und tritt morgen früh die Reise nach Sagan an; gestern Abend befand sich dieselbe noch mit den fürstlichen Familien Radziwill bei der Frau Prinzessin von Preußen zum Thee. Wie schon gemeldet, findet am 20. d. M. die Vermählung der Nichte der Frau Herzogin mit einem russischen Fürsten statt; noch an demselben Abend geht das neuvermählte Paar von Sagan nach Paris ab. — Der Prinz-Regent hat den Oberpräsidenten Dr. Flottwell beauftragt, ihm einen genauen Bericht über den Mordanschlag des Diakonus Thiele auf den Oberprediger Hoyall abzustatten; in Folge dessen ist der Regierungsassessor v. Bülow nach Brück abgegangen, um sich von dem Hergange und allen Vorkommnissen genau zu informieren. — Aus Dresden ist der Regierungsrath Engel hier eingetroffen. Wie schon bekannt, tritt derselbe in den preußischen Staatsdienst und erhält die durch Dieterichs Tod erledigte Stelle eines Direktors des statistischen Bureau's. — Von den Landtagsmitgliedern wird ein neuer Gesetzentwurf, die Gewerbesteuer betreffend, erwartet. — Wie der „Publ.“ vernimmt, hat der Justizrath Dorn von den bekannten sieben Kirchenpatronen des „Herzogthums Magdeburg“ für deren Vertretung in ihrer Anklagesache vor dem Obertribunal ein Honorar von 200 Friedrichsd'or erhalten. — Die Zahl der Wechselprozesse hat in den letzten Jahren in Berlin außerordentlich zugenommen; im Jahre 1850 waren bei dem hiesigen Stadtgericht nur 2500 Wechselklagen anhängig, im Jahre 1851 stiegen dieselben auf 4300, und im Jahre 1852 auf 7100. In den Jahren 1853—57 betrug die Zahl der jährlichen Wechselprozesse durchschnittlich 11,000, und in den beiden letzten Jahren ist sie sogar auf 18—19,000 gestiegen. Mehr als die Hälfte derselben waren Bagatellprozesse, d. h. sie betrafen nur einen Gegenstand von 50 Thalern und weniger. — Als eine sehr zweckmäßige Einrichtung erscheint das seit drei Jahren hier bestehende Zentral-Annoncenbureau von A. Metemeyer (Kurfr. 50), welches Inserate in alle inländischen und ausländischen Zeitungen zu den bei diesen geltenden Insertionspreisen befördert ohne weitere Porto- und Spesenkosten. Das Bureau hat jetzt ein Verzeichniß aller Zeitungen und Blätter, für welche es Inserate beforzt, herausgegeben; es ist nach den Ländern geordnet. — Aus Petersburg ist wieder eine bedeutende Sendung an Gold nach Paris gegangen. Es waren etwa 30 mit Imperials gefüllte Kisten, die von dem Bankierhause Stieglitz an das Haus Rothschild geschickt wurden.

[Obertribunalsentscheidung.] Nach einer kürzlich ergangenen Entscheidung des Obertribunals kann die nach §. 125 der Konkursordnung einem Interessenten zustehende Anfechtungsklage gegen den Tag der Zahlungseinstellung auch auf das Motiv gestützt werden, daß der Fall des kaufmännischen Konkurses überhaupt nicht vorliege und deshalb ein Zahlungseinstellungstag nicht hätte festgesetzt werden sollen. Wird dies Motiv richtig befunden, so muß der auf den Anfechtungsantrag ergehende abändernde

Beschluß einfach dahin lauten: daß der Tag der Zahlungseinstellung aufgehoben werde.

Potsdam, 13. Febr. [Befinden des Königs.] Auch in der vorigen Woche war das Befinden Sr. Maj. des Königs im Allgemeinen zufriedenstellend; das Wetter war leider so unbeständig, daß bei der großen Empfindlichkeit des hohen Kranken gegen Wind und Kälte die Spaziersfahrten mehrere Tage unterbrochen werden mußten und in Folge dessen eine durch trübe Stimmung sich äußernde nervöse Reizbarkeit wahrnehmbar war. In den letzten Tagen hob sich auch diese; der wiederum gestattete Aufenthalt im Freien that sichtlich wohl; Schlaf, Appetit und Kräfte lassen nichts zu wünschen übrig. (St. A.)

Düsseldorf, 13. Februar. [König Ludwig von Bayern] hat dem Vorstande des Künstlervereins „Mallasten“ einen Auftrag auf 100 Loose zur Erwerbung des Jakobischen Gartens daselbst übersenden lassen.

Görlitz, 13. Febr. [Industrielles.] Die hiesige Eisenbahnwagenfabrik von J. E. Lüders sen. hat soeben eine Anzahl von Militärtransportwagen für den Vizekönig von Egypten vollendet, die wegen ihrer Eleganz und ihrer praktischen Einrichtung die allgemeinste Anerkennung, namentlich auch bei den Militärs finden. Die Wagen werden in den nächsten Tagen nach Berlin abgehen, um dann verschifft zu werden. (B. Z.)

Hamm, 12. Febr. [Die Schulregulative.] Unter den hiesigen Elementarlehrern hat der Schulinsektor Pfarrer Niemann in Mark in der letzten Zeit eine Adresse an den Kultusminister zirkuliren lassen, worin demselben der Dank für die Aufrechterhaltung der Regulative ausgesprochen wird. Daß sich nur wenige Lehrer der von ihrem Vorgesetzten ihnen zugemutheten Unterzeichnung entziehen können, liegt in der Natur der Sache. Man fragt sich aber mit Recht, ob es der Stellung eines Vorgesetzten angemessen ist, seine Untergebenen zu derartigen Kundgebungen zu bestimmen, wenn er selbst am besten wissen kann, daß er in diesem Falle auf die Ueberzeugung der Einzelnen einen moralischen Zwang ausübt. (K. Z.)

Koblenz, 12. Febr. [Dr. Schmidtborn.] In der Nacht vom 8. zum 9. d. ist der Gen. Superintendent der Rheinprovinz, Dr. Schmidtborn, in Folge eines Hirnschlages plötzlich gestorben.

Thorn, 12. Febr. [Eisenbahn.] Aus „sicherster Quelle“ wird der „D. Z.“ geschrieben, daß der Bau der Thorn-Bromberger Eisenbahn zum Frühjahr beginnen wird, und daß das erforderliche Geld bereits vom Finanzminister angewiesen sei.

Oesterreich. Wien, 12. Febr. [Oesterreich und die italienische Frage.] Es bestätigt sich, daß binnen Kurzem eine Zirkularnote des östreich. Kabinetts verandt werden wird, in welcher die Stellung Oesterreichs zur italienischen Frage ausführlich auseinander gesetzt werden soll. Mit Entschiedenheit wird sich Oesterreich darin gegen die Annexion der mittelitalienischen Länder an Sardinien aussprechen, indem es die Beibehaltung der Präliminarien von Villafranca fordert. In diplomatischen Kreisen zweifelt man übrigens nicht daran, daß in dieser letzteren Beziehung eine Wandlung sich vorbereitet, und vernehme ich hierüber von gut unterrichteter Seite Folgendes: Oesterreich willigt ein, daß Parma und ein Theil Modena's an Sardinien fällt, wogegen es aber fordert, daß Toscana und der übrige Theil Modena's dem Großherzoge von Toscana verbleibt. Die Legationen sollen jedoch unter allen Umständen der päpstlichen Gewalt unterworfen bleiben. Der Herzog von Modena soll angemessen entschädigt werden. Aus allem dem geht hervor, welche große Meinungsverschiedenheiten noch zwischen den Großmächten bestehen, so daß an eine Ausgleichung kaum zu denken ist. Den Widerstand gegen die Annexion der mittelitalienischen Länder an Sardinien motivirt das östreichische Kabinet dadurch, daß es im Hinblick auf die aggressive Politik dieses Staates den Besitz Venetiens stets als bedroht ansehen müßte und zu außerordentlichen Maßregeln gezwungen sein würde, um sich denselben zu sichern. — Zwischen Wien und Neapel ist fortwährend ein sehr lebhafter Depeschwechsel im Gange. Die neapolitanische Regierung hat geäußert, daß eine Störung der öffentlichen Ordnung im Königreich nicht zu besorgen sei. (K. Z.)

[Ueber das Programm der Adelszeitung] bemerkt die „Destr. Ztg.“: „Das, was zu wollen sei, nimmt nur den kleinsten Theil des Programms ein; ihm geht eine historische Einleitung voraus und in dieser Einleitung wird dem Franzosenthume Urtheile geschworen. Man kennt unseren deutschen Standpunkt, und wir haben uns erst unlängst unliebsam über den Einfluß des französischen Elementes auf die Erziehung geäußert; aber wir halten es nichtsdestoweniger weder berechtigt noch weise, einem ganzen großen Volksthum den Handschuh hinzuwerfen, und wir halten es weder der Lage Europa's, noch den Umständen, noch den Erhaltungsprinzipien angemessen, Frankreich gegenüber eine Sprache zu führen, wie sie in dem genannten Programme geführt wird. Am allerwenigsten sollten solcher Ausschreitung sich nur jene schuldig machen, welche als wahre Patrioten Oesterreichs ruhige Entwicklung und den Dämon des Aufruhrs niedergehalten wünschen.“

[Die Ersparungen.] Erfahrene und kenntnisreiche Männer, welche die östreichischen Finanzzustände mit denen fremder Länder sorgfältig verglichen haben, sind der Ansicht, daß der Grund des seit zehn Jahren permanent gewordenen Defizits im Etat der Staatshaushaltung ganz vorzüglich von den Mängeln des Besteuerungssystems herrühre. Das gilt nicht bloß von den direkten, sondern auch von den indirekten Abgaben, ja von diesen vielleicht mehr als von jenen; denn es kann einer auch nur oberflächlichen

Prüfung des Budgets nicht entgegen, daß der Ertrag der indirekten Steuern in Oesterreich, gegenüber den direkten, sich in einem anomalen Verhältnisse befindet, daß er relativ viel zu klein ist. Ueber die Reform der direkten Besteuerung sind jetzt bekanntlich Verhandlungen im Zuge, das System der indirekten Abgaben wird gleichfalls von Grund aus abgeändert werden müssen; doch hängen die notwendigen und zweckmäßigen Modifikationen des letzteren mit vielen anderen Fragen zusammen, die zum Theil noch nicht spruchreif sind. Mit anderen Worten: die Beseitigung des Defizits durch Vermehrung des Staatseinkommens ist eine Frage der Zeit; nicht jetzt, sondern nur in der Zukunft kann auf diesem Felde Bedeutendes geleistet werden. Das haben die österreichischen Staatsmänner auch sehr wohl begriffen; denn, durchdrungen von der richtigen Ueberzeugung, daß die Zeit dränge und daß ohne Zögern irgend etwas gethan werden müsse, um die Finanzlage zu erleichtern, haben sie vorerst die Regelung und möglichste Beschränkung des Staatsausgabenetats zu ihrer Aufgabe gemacht. Es sind zu diesem Ende eine Anzahl von Maßregeln größerer oder kleinerer Tragweite bereits in das Werk gesetzt, andere sind im vollen Zuge begriffen. (N. P. Z.)

Triest, 8. Februar. [Sturmfluth.] In Folge des Nordwestwindes, der gestern Nachmittag hier wehte, entstand um 3 Uhr eine so bedeutende Maretta, daß mehrere Boote von Handelsfahrzeugen, die sich im Hafen in der Nähe der Küste befanden, beschädigt wurden und zu Grunde gingen. Bei der alten Hasenbatterie wurde ein Kohlenboot auf den Strand getrieben. Eine zur Abfahrt bereit englische Barke wurde losgerissen und stieß gegen eine Ankerstelle, erlitt jedoch nur mäßige Beschädigungen und wurde durch die Maßnahmen des Hafenkapitäns wieder an Ort und Stelle zurückgebracht. Einer griechischen Brigantine zerriß die Kette beim Molo Klutsch.

Venedig, 4. Februar. [Verhaftungen und Auswanderung.] Verhaftungen sind nicht nur in Venedig, sondern auch in den übrigen Städten vorgenommen worden, und es scheint, daß es notwendig sei, mit denselben noch fortzufahren, denn erst in den letzten Tagen haben wieder neue stattgefunden. Auch einige an hiesigen Kirchen wirkende Geistliche sind zur Verantwortung gezogen und ins Gefängniß gebracht worden. Die Namen der Verhafteten werden so ziemlich alle genannt, können aber weiter kein Interesse haben, da nicht eine hervorragende Persönlichkeit sich unter denselben befindet, wohl auch darum, weil solche, die ihr Gewissen anklagt, in schleuniger Flucht ihr Heil suchen. Ueberhaupt hörte man häufig von nach Piemont unternommenen Reisen, bis auch die ganze Grenze einer noch strengeren Aufsicht unterworfen wurde. Es war aber auch weit gekommen: das Privatleben wurde förmlich beaufsichtigt und die Bevölkerung selbst mit einer geheimen Kleiderordnung gemaßregelt, indem man den Damen die Vorschriften ins Haus sandte, wie sie öffentlich zu erscheinen hätten. Auch davon wird man wohl ablassen und sich mit dem Hut à la Cavour und dem neu erfundenen „Gilet à la Zouave“ (Sammt mit kleinen glänzenden häßlichen Metallknöpfen, bis zum Halse geschlossen) begnügen. Auch die Schriftchen, die man auf den Straßen austreute oder sonst den Leuten in die Hände zu spielen wußte, sind ähnlichen Gepräges wie etwa ein angelegentlich Sendeschreiben Garibaldi's an die Signori del Comitato Veneto Behufs der Subskription. Auch im Sinne von Lagueronniere's Broschüre suchte man handschriftliche, auch versifizierte kleine Papierstreifen zu verbreiten, wohl um so auf das niedrigste Volk zu wirken. (Ostd. Post.)

Hannover, 11. Febr. [Die Stände und die Küstenbefestigung.] Unsere Stände sind gestern wieder zusammengetreten. Die Arbeiten der Ausschüsse sind ziemlich weit vorgerückt, so daß die Beratungen der Vorlagen keinen Aufschub erleiden werden. Besonders gespannt ist man in unseren politischen Kreisen auf die Debatten in der Küstenbefestigungsangelegenheit, über die unsere Regierung ganz eigenthümliche Ansichten hat. Zur Vertretung ihrer separatistischen Anschauungen hat sie besonders die Lokalpresse des Landes ausersuchen, so daß vielfach die Ansicht verbreitet ist, es bestünde ein besonderes Pressbüreau, das von zwei hannoverschen Beamten geleitet werde, die dafür bedeutende Remunerationen erpielten. Es scheint sich dabei hauptsächlich darum zu handeln, die Meinung im Lande zu verbreiten, daß Preußens gegenwärtige Politik darauf ausgehe, Hannover, das Preußens westliche Theile von seinen östlichen trenne, „überzuschließen“. Jedenfalls geben diese anscheinend offiziellen Expektationen unserer offiziellen Welt vielfach Gelegenheit, zu ersehen, ob eine solche Eventualität für unsere Bevölkerung wirklich als eine so enorme Katastrophe betrachtet wird. (Sp. Z.)

[Erzesse im Kadettenhause.] Ueber gewisse ungünstige Gerüchte, die Betreff des hiesigen Kadettenhauses im Umlauf sind, schreibt der „S. G.“: Es sind allerdings längere Zeit hindurch arge Ausbreitungen über die soziale und kameradschaftliche Sitte hinaus von der nominell ersten, in der Wirklichkeit zweiten Klasse gegen die unterste Klasse, aus jungen Leuten bestehend, welche nach dem gewöhnlichen Lauf dieser Angelegenheit erst Ostern 1860 eintreten würden, aber bereits Johannis 1859 in Folge der kriegerischen Ausfälle eingetreten sind, verübt worden; es ist auch notwendig gewesen, strenges Gericht zu halten, in Folge dessen 4 Kadetten, drei adeligen, einer bürgerlichen Standes, aus der Anstalt entfernt sind; auch hat Hausarrest längere Zeit hindurch über die ganze zweite Klasse verhängt werden müssen.

Württemberg, Stuttgart, 12. Februar. [Eine Verlobung.] Was öffentliche Blätter über die Verlobung einer hiesigen israelitischen Dame mit dem Sohne des jüdischen Grafen v. Saurma-Zeltsch berichten, ist vollkommen begründet, nur ist die Sache nicht neu. Die sehr hübsche junge Dame ist die Tochter des verstorbenen Bankiers Dreifuß und ihre Konversion hat schon vor geraumer Zeit stattgefunden. (M. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 10. Febr. [Die Savoyische Frage.] Die „Morning Post“ bespricht in auffallendem Gegensatz zu der „Times“ und allen anderen Londoner Blättern, mit Hinsicht auf die Oberhausung vom 7. dieses, die Annexion Savoyens an Frankreich mit völliger Vorliebe, denn es wird in dem Artikel dieses Blattes, das bekanntlich allgemein für ein Organ Lord Palmerston's gilt, nur beiläufig die Bemerkung hingeworfen, daß diese Annexion allerdings wohl mit den allgemeinen europäischen Interessen im Widerspruch stehen möchte, während die „Post“ ihrerseits geradezu nach Argumenten herumsucht, um eine solche Eventualität zu beschöni-

gen. Die „Morning Chronicle“ selbst geht diesmal, trotz ihrer sonst imperialistischen Sympathien, nicht ganz so weit, als ihre Kollegen, die „Post“. Zwar nennt sie die Motion Lord Normanby's eine „Monstrosität“, denn er verlange den Beistand der Pairs von England, um die Königin zu einer direkten Einmischung in die Grenzangelegenheiten Norditaliens zu vermögen, und es sei kaum möglich, sich eine für Englands auswärtige Beziehungen oder heimische Institutionen gefährlichere Stellung zu denken; zwar bemerkt sie über Lord Grey's Aeußerungen: „der edle Lord gestehe, daß die Annexion Frankreich nicht mächtiger machen, die Ehre Englands nicht bloßstellen würde — also wozu brauche man darüber so viel Lärm zu machen?“ Aber sie leistet doch den französischen Annexionsplänen nicht so direkten und offenen Vorstoß wie die „Post“, sondern sie nähert sich mehr dem Standpunkte der „Times“, die, wenn sie zuerst noch so sehr gegen die Einverleibung gesprochen, zuletzt die Frage als eine für England wenig erhebliche darstellt.

London, 11. Febr. [Parlament.] In der gestrigen Oberhausung legte Lord Wodehouse den englisch-französischen Handelsvertrag auf den Tisch des Hauses nieder. Der Marquis v. Normanby erbittet sich von Earl Granville Auskunft über einen anscheinenden Widerspruch zwischen den Angaben der englischen und der französischen Regierung über die Einverleibung Savoyens und Nizza's in Frankreich. In einem französischen Blatte sei ein Artikel erschienen, der einen halbamtlichen Charakter trage, aber sich doch jedenfalls der Sanction des früheren französischen Ministers des Auswärtigen erfreue habe, und in welchem gesagt werde, daß die im Unterhause von dem englischen Minister des Auswärtigen über Savoyen abgegebene Erklärung zwar nicht unrichtig, doch nicht vollständig sei, da nach dem Monat Juli über den Gegenstand amtliche Verhandlungen zwischen der französischen und der englischen Regierung stattgefunden hätten. Graf Walewski, so heisse es in dem erwähnten Artikel, habe Lord Cowley erklärt, daß in Folge der aktiven Einmischung Englands in die Angelegenheiten Mittel-Italiens zum Zwecke, die Einverleibung der mittelitalienischen Staaten in Piemont der Kaiser der Franzosen es für nöthig erachtet habe, auf seine Absicht, Savoyen und Nizza einzuverleiben, zurückzukommen. Er (Normanby) wolle diese neue Anwendung der Lehre von der „Logik der That-sachen“ nicht aufheben, aber er habe es für seine Pflicht gehalten, auf die eben erwähnte Angabe aufmerksam zu machen, und bezweifle nicht, daß Lord Cowley seine Regierung von jener Mittheilung Walewski's in Kenntniß gesetzt habe. Es werde ferner behauptet, die in dem französischen Zeitungsartikel enthaltene Angabe werde sich als richtig erweisen, sobald die betreffenden Attentatsdemerksungen vorgetragen würden. Darüber wolle er keine Meinung abgeben; er würde sich vielmehr sehr freuen, zu hören, daß nichts Wahres an der Sache sei. Wenn sich die Sache hingegen wirklich so verhalte, wie sie dargestellt worden, so würde Niemand, möge er noch so sehr geneigt sein, an seiner Meinung von dem uneigennütigen Patriotismus des Königs von Savoyen festzuhalten, bezweifeln, daß die französische Regierung sich nie in dieser Weise geäußert haben würde, wenn sie nicht aus irgend einem vorhergegangenen Umstände die Gewissheit schöpfte hätte, daß der König von Savoyen bereit sei, seine alten Erblande zu verschachern, um sich das Wohlwollen und die mächtige Unterstützung des Kaisers der Franzosen zu erkaufen. Er wüßte nur zu erfahren, ob Graf Walewski, als er Minister des Auswärtigen gewesen, Lord Cowley gegenüber wirklich jene Aeußerung gethan und ob er dabei eine Anspielung auf die mittelitalienische Politik der englischen Regierung gemacht habe. Lord Granville antwortet, es sei Lord Cowley von dem Grafen Walewski keine derartige amtliche Mittheilung gemacht worden. Dabei wolle er jedoch nicht läugnen, daß möglicherweise eine Unterredung über den Gegenstand zwischen Walewski und Cowley stattgefunden habe. Der Marquis von Normanby bemerkt, der englische Minister des Auswärtigen habe sich geweigert, die betreffenden amtlichen Papiere vorzulegen, jedoch gesagt, er wolle sich über das, was sich zugetragen, aussprechen. Es würde sehr erfreulich sein, die Versicherung zu erhalten, daß die Mittheilung, deren der auswärtige Sekretär Erwähnung gethan, die letzte Mittheilung über den Gegenstand gewesen sei. Earl Grey wünscht zu hören, ob überhaupt Mittheilungen irgend welcher Art, gleichviel, ob amtliche oder nichtamtliche, stattgefunden haben. Lord Wodehouse entgegnet, er wolle nicht in Abrede stellen, daß seit Juli in einer Unterhaltung zwischen dem Grafen Walewski und Lord Cowley der Einverleibung Savoyens Erwähnung geschehen sei. Doch sei dabei nichts zur Sprache gekommen, wodurch Lord Cowley sich veranlaßt gefühlt hätte, eine Depesche an seine Regierung zu richten. (Der hauptsächlichste Inhalt der Unterhausung ist gestern schon von uns mitgeteilt worden. D. Reb.)

Frankreich.

Paris, 10. Febr. [Die „Patrie“ über die päpstliche Encyclica.] Die „Patrie“ giebt heute einige Erklärungen über die Gründe, welche die französische Regierung veranlaßt haben, dem Vorlesen der Encyclica in den französischen Kirchen nicht hindernd in den Weg zu treten, wie dieses ihr Recht gewesen sei. Der „Patrie“ zufolge gab die Regierung diese Veröffentlichung keineswegs aus Schwäche zu, sondern ihre bei dieser Gelegenheit an den Tag gelegte Toleranz ist einfach ein weiser Akt und ein neuer Beweis ihrer Kraft. Die Zeiten sind vorbei, meint das halbamtliche Blatt, wo die Päpste als Schiedsrichter zwischen den Fürsten und ihren Völkern auftraten. Wie es meint, werden in der päpstlichen Encyclica, worin der Papst für die Rechte der entthronten Fürsten Mittelitaliens eintritt, jene alten Grundsätze wieder in Anwendung gebracht. Die „Patrie“ findet es seltsam, daß man vor Frankreich, dessen Botum vom 2. Dez. eine Protestation gegen diese Doktrinen sei, so zu sprechen wage. Die Trauer, mit der man in allen Kirchen dieses Dokument angehört habe, beweise, daß solche Versuche nur noch auf Unkosten der Ehre des Papstes erneuert werden könnten. Der Kaiser, meint die „Patrie“ weiter, habe in seiner Achtung vor der Kirche und in dem Gefühle seiner Kraft einen neuen Beweis seiner Mäßigung geben können, ohne dabei weder vor seinem Lande, noch vor der Geschichte die Unabhängigkeit seiner Krone zu kompromittiren oder die Rechte zu schwächen, die von den weiseren und frommeren Vorfahren der Franzosen unter dem Namen „Freiheiten der gallicanischen Kirche“ mit so vieler Sorgfalt bewahrt worden seien.

[Eine Depesche Thowenels an den Grafen Persigny.] Das neueste Attentat auf die italienische Frage ist eine Depesche des neuen französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Thowenel, an den französischen Gesandten in London, Grafen Persigny, vom 30. Januar. Der wesentliche Inhalt der darin erwähnten diplomatischen Verhandlungen ist bereits bekannt, und wir wollen nichts weiter darüber bemerken, als daß nicht die leiseste Andeutung auf Savoyen darin vorkommt.

Herr Graf! Der englische Gesandte hat mir eine Depesche mitgeteilt, in welcher der erste Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten, nachdem er das Ganze der italienischen Frage geprüft und die Nothwendigkeit einer Uebereinstimmung über die geeignete Art und Weise, auf der Halbinsel einen dauernden und befriedigenden Stand der Dinge herzustellen, nachgewiesen hat, die allgemeinen Grundsätze aufstellt, auf denen nach der Ansicht von Ihrer britanischen Majestät Regierung sich dieses Einvernehmen gründen ließe. In der Ueberezeugung, daß es vor allen Dingen darauf ankomme, Frankreich und Oesterreich Zustimmung zu erlangen, hat die englische Regierung den Lord Loftus beauftragt, dem Wiener Kabinette eine ähnliche Mittheilung zu machen, und ich habe die Ehre, Ihnen anbei Abschrift dieser beiden Attentatsdemerksungen zu übersenden. Dieselben enthalten vier bestimmte Punkte: 1) Frankreich und England würden darauf verzichten, in Zukunft in die inneren Angelegenheiten Italiens sich einzumischen, es sei denn, daß sie dazu durch einstimmige Einwilligung der Großmächte berufen würden. 2) Die Regierung des Kaisers würde sich mit dem heiligen Vater über die Räumung des Kirchenstaates, sobald die Organisation seiner Armee es erlaube und unsere Truppen von Rom ohne Gefahr für die Auf-

rechterhaltung der Ordnung abberufen werden könnten, verständigen. Unsere Armee werde gleichfalls Nord-Italien in zweifelhafte Frist verlassen. 3) Die innere Organisation Veneziens würde außerhalb des Bereiches der Verhandlungen zwischen den Mächten gelassen werden. 4) Endlich würde der König von Savoyen von der Regierung des Kaisers, so wie von der Ihrer britischen Majestät gemeinschaftlich aufgefordert werden, seine Truppen nach Mittel-Italien zu schicken, bis die verschiedenen Staaten und Provinzen, durch eine neue Abstimmung ihrer Nationalversammlungen nach einer neuen Wahl, feierlich ihre Wünsche kundgethan hätten, und wenn diese Versammlungen sich zu Gunsten der Einverleibung aussprächen, so würden Frankreich und England sich dem Eintritte sardinischer Truppen nicht mehr widersetzen. Ich habe dem Kaiser die Depesche des Lord John Russell an Lord Cowley vorgelegt, und nachdem ich die Befehle Sr. Majestät entgegengenommen, dem Gesandten Englands zu wissen gethan, wie wir die Eröffnungen der Regierung Ihrer britischen Majestät auffassen zu können glauben. Der erste der vier englischen Vorschläge, habe ich demselben bemerkt, dürfte nicht die geringste Schwierigkeit bieten. Der Grundgedanke der Nicht-Intervention ist eine internationale Regel, deren Wichtigkeit und Bedeutung Niemand mehr als wir zu würdigen weiß, und dieselbe bildet, unserer Ansicht nach, eines der wesentlichsten Elemente jeder ernstlich gemeinten und endgültigen Lösung der italienischen Frage. Wenn die Regierung des Kaisers selbst intervenirt hat, so geschah dieses nur, indem sie gebieterischen Verhältnissen nachgab, weil bei dem Stande der Dinge in Italien ihre Interessen ihr die Nothwendigkeit auferlegten; und sie hat die Herbeiführung eines Systems, das fortan jede Intervention überflüssig machte, stets als das Ziel ihrer Anstrengungen auf der Halbinsel betrachtet. In dieser Beziehung ward unser Gefühl durch den Kaiser selbst bei den feierlichsten Veranlassungen offen ausgesprochen. Der Vorschlag der englischen Regierung würde deshalb einem so unverkennbar aufrichtigen wie oftmals erneuerten Wunsche eine diplomatische Weihe ertheilen. Ich habe Lord Cowley geäußert, daß Sr. Majestät Regierung ohne Vorbehalt dazu ihre Zustimmung ertheile. Ich habe hinzugefügt, daß unsere Meinung über diesen Punkt sich nie verändert hatte und daß wir uns fortan vollständig berechtigt glaubten, darauf einzugehen, ohne uns mit den übrigen Kabinetten in Erörterungen einzulassen. Was den zweiten Punkt angeht, so habe ich, um den Gesandten Englands von den Dispositionen der Regierung des Kaisers in Kenntniß zu setzen, mich auf deren frühere Erklärungen und namentlich auf diejenige beziehen können, welche der erste französische Bevollmächtigte im Schooße des Pariser Kongresses abgegeben hat. Heute, in diesem Zeitpunkte, wünschen wir lebhaft, der militärischen Bewegung der römischen Staaten ein Ende zu machen. In gleichem Grade steht sich die Regierung Sr. Majestät, die lombardischen Provinzen zu räumen und somit definitiv eine bewaffnete Intervention aufhören zu lassen, welche uns die Grundzüge unserer Politik selbst möglichst abzutreiben nöthigen. Wir nehmen nun sehr gern den englischen Vorschlag sowohl in Bezug des römischen Gebietes als in Bezug der Lombardei an; aber die Erwägung der passenden Gelegenheit ist hier von einer Wichtigkeit, welche ja die englische Regierung auch nicht verkannt hat, und ich habe mich deshalb zu Rücksichten berechtigt halten können, die ja die englische Regierung auch als zweckmäßig erachtet hat, daß nämlich die Räumung Roms nothwendig der Sicherheit untergeordnet bleiben müsse, daß daraus nicht für die Sicherheit des heiligen Stuhles eine ernsthafte Gefahr hervorgehen dürfe und daß die Räumung der lombardischen Provinzen erst dann zur Ausführung komme, wenn die entweder stillschweigende oder ausdrückliche Zustimmung der Großmächte die neue Organisation Italiens garantirt.

Gegen den dritten Vorschlag, habe ich dem Gesandten Englands erklärt, scheinbar kein Einwand machen zu lassen, und die Regierung des Kaisers könne im Prinzip mit demselben nur einverstanden sein. Trotzdem habe ich Lord Cowley bemerkt, es erscheine uns doch erspriesslich, der Eventualität vorzusehen, daß Oesterreich besondere Bedingungen stellen zu können glaube, wenn es in Veneziens KonzeSSIONen macht, in welchem Falle man sich die Befugniß reserviren müsse, die vom Wiener Kabinett gemachten Eröffnungen zu prüfen. Was den vierten und letzten Punkt anlangt, so berührt derselbe eine Reihe von Erwägungen, welche wir nicht gestatten, sofort eine definitive Antwort zu geben, und ich habe Lord Cowley an die Haltung der Regierung des Kaisers gegenüber den anderen Großmächten, und in erster Stelle Oesterreich gegenüber, erinnern müssen. Wir können unmöglich die Hindernisse verfechten, auf welche die im Züricher Verträge vereinbarten Vorbestimmungen stoßen. Die Regierung des Kaisers hat seit mehreren Monaten ihr unausgesetztes Bemühen ehrlich auf die Gleichförmigkeit der Ausführung jener Bestimmungen gerichtet gehabt und sich nunmehr überzeugen können, wie schwer es geworden, die Hoffnung auf Befestigung der Hindernisse zu bewahren. Sie glaubt sich das Zeugniß geben zu können, daß sie in dieser Hinsicht vollkommen ihren Verpflichtungen nachgekommen ist. Sie ist außerdem bereit, über die von der englischen Regierung vorgeschlagenen Mittel zu Rathe zu gehen, als zur Herbeiführung einer Lösung sehr geeignet, die den Interessen Italiens Genüge leistet und die im allgemeinen Interesse nothwendigen Garantien der Stabilität in sich begreift. Diese Mittel betragen sich vollkommen mit den Grundsätzen, welche die Basis unserer Institutionen bilden, und wir würden durchaus keinen Grund haben, die Wirkung derselben in ihrer Anwendung auf andere Länder zu bestreiten. Aber wie auch unsere Meinung von dem Werthe der Kombination sein möge, zu welcher die Regierung Ihrer Großbritannischen Majestät die Initiative ergriffen, so betrachten wir uns doch als moralisch verpflichtet, vorläufig dem Hofe Oesterreichs davon Mittheilung zu machen. Wir müssen die Loyalität des Kaisers und die Aufrichtigkeit seiner Politik von jedem Verdachte frei halten, und Angesichts der Stipulationen von Villafranca und Zürich würden wir uns heute nicht förmlich binden können. Wenn die Wirkungslosigkeit unserer Rathschläge und Schritte uns die Unmöglichkeit einer Wiedereingliederung der entthronten Fürsten vorzubeugen und alle Zweifel zu heben, indem wir vor Allem Frankreich Wort halten lassen in aufrichtigen Erklärungen gegen den Hof Oesterreichs. Andererseits würden wir nicht vergessen können, daß wir jüngst Rußland und Preußen eingeladen haben, am Kongress Theil zu nehmen, dessen Zusammentritt auf einmal die Verständigung der Mächte sichern und die Lösung der seinen Beratungen unterbreiteten Fragen anbahnen sollte. Es hat nicht von uns abgehungen, daß Europa, so verarmt, nicht zur Befestigung eines endgültigen Arrangements angeregt werden würde, und wir würden uns fürchten, gerechte Empfindlichkeiten zu berühren, wenn wir heute, durch die Gewalt der Thatfachen auf einen andern Standpunkt bieterische Verhältnisse schafften, zu signalisiren uns enthalten und versäumen Lösung der Fragen aufzuheben, die ohne Gefahr nicht mehr lange ungelöst bleiben dürfen. Ich habe nun Lord Cowley geantwortet, daß in Betreff des vierten Vorschlages die Regierung des Kaisers, bevor sie sich ausspreche, es für unerlässlich halte, ihr Verhältniß einerseits zu Oesterreichs Hofe und andererseits zu den Höfen Preußens und Rußlands zu erklären und zu rechtfertigen. Der Gesandte der Verfassungregel vorschreiben, und ich habe das Vertrauen, daß die englische Regierung darin Gerechtigkeit und Stärke erkennen wird. Die Annahme unsererseits ihrer drei ersten Vorschläge würde, wenn es nöthig wäre, für die Gesinnungen zeugen, in denen wir Ihre Eröffnungen empfangen haben, und so würden sie keinen Zweifel in unsere aufrichtigen Wünsche setzen können, Lösungen zu entdecken, welche die Lage Mittel-Italiens gestärkt und fördert. Sie wollen dem ersten Staatssekretär Ihrer britischen Majestät diese Depesche vorlesen und ihm eine Abschrift derselben in Händen lassen. Genehmigen Sie etc.

Paris, 11. Febr. [Tagesbericht.] Einem allgemein verbreiteten Gerüchte zufolge hat Graf Cavour ein neues Rundschreiben an die verschiedenen Mächte gesandt. In demselben beklagt er sich über die gefährliche und drohende Stellung, die Oesterreich in Venedig eingenommen hat, und kündigt an, daß er dieserhalb genöthigt sei, eine neue Anleihe (40 Millionen) zu machen und weitere 40,000 Mann Soldaten unter die Waffen zu berufen. Man sprach heute sehr viel von diesem Rundschreiben, und der Eindruck dieser Nachricht war auf der Börse wenigstens so lebhaft, daß man kaum der Bedeutung und den Ausichten des Handelsvertrags eine nachgeheimen Instruktoren für Marschall Vaillant nach Mailand abgavengangen. — Hr. v. Nigra ist einstweilen bis zur Abreise des Prinzen Desambrois im Hotel de Bristol abgestiegen. Letzterer hat morgen seine feierliche Abschiedsaudienz in den Tuileries. — Der Bischof von Orleans, Herr Dupanloup, soll dieser Tage eine längere Unterredung mit dem Kaiser gehabt haben. — Herr v. Meneval wird, ehe er in Rom sich dem kaiserlichen Stände widmet, in vertraulichen Aufträgen des Papstes noch einmal hieherkommen. —

Louis Bonillot soll wirklich auf besondern Wunsch des Kaisers und durch thätiges Verwenden des hiesigen Runtius zum Verwaltungs- rath der römischen Bahnen ernannt worden sein, obgleich der Haupt- reaktor des „Univers“ auch sonst für derartige moderne Erfin- dungen Vorliebe an den Tag gelegt hat. — Richard Cobden hat die ihm von dem Kaiser zugesagte Auszeichnung des Ehrenlegion- kreuzes ausgeschlagen. — Die „Presse“, die, wie wir gestern gemel- det, eine erste Verwarnung erhalten, wurde vor dem italienischen Kriege auch wegen eines Pörrischen Artikels auf zwei Monate un- terdrückt. Damals prophezeite er den Krieg; heute jagt er, daß Alles drunter und drüber gehen würde. Damals sagte er richtig voraus, was erfolgte. — Herr de Lavalette ist zum französischen Gesandten in Konstantinopel ernannt worden. — Das Gerücht, Dr. Brenier, französischer Gesandter in Neapel, sei nach Paris zu- rückgekehrt, ist ohne alle Begründung.

— [Die politische Lage; Stimmung und Ver- stimmung.] Die bedenkliche Verschleppung des italienischen Pro- visatoriums erregt in Paris in denjenigen Kreisen, welche genauer über die bedenkliche Spannung unterrichtet sind, eine große Unruhe, und Peyrat, der kürzlich erst aus Italien heimgekehrt ist, hat in der „Presse“ sich so unumwunden äußern zu müssen geglaubt, daß die- ses Blatt deshalb eine Verwarnung erhalten hat, die dadurch mo- tiviert wird, daß Peyrat in seinem Artikel falsche Nachrichten mit den böswilligsten Ausdeutungen gemischt und sowohl das National- gefühl wie die Wahrheit der Thatfachen beeinträchtigt habe. Peyrat argumentirt so: Europa ist einmal wieder von jener unbestimmten Vorahnung, die großen Krisen vorherzugehen pflegt, erfüllt; schon bringen italienische Blätter wieder Artikel mit der Ueberschrift: „Kriegswahrscheinlichkeiten“. Der politische Horizont sieht nicht eben Vertrauen erweckend aus, und Europa befindet sich zwar nicht in der Lage, wie vor einem Jahre, als Lord Cowley nach Wien ging und Rußland wegen eines Kongresses Vorschläge machte; aber die Kabinette gehen gegenwärtig doch nicht minder weit als im April 1859 auseinander, und von den Verwickelungen, die da- mals zum Kriege führten, liegt noch ein sehr großer Theil vor; ja, die Erbitterung in den Schriften und Reden der Staatsmänner, wie die Ungeduld hat zugenommen, und ein böser Dämon scheint alle Berechnungen zu Schanden zu machen. Vor und nach dem Kriege sind zehn Lösungen beantragt, angenommen worden und im letzten Augenblicke doch alle wieder erfolglos verschwunden. Gegen- wärtig giebt es auch nicht eine Partei, die vollkommen zufrieden wäre. Dieser Zustand ruht wie ein Alp auf den Geschäften und Gemüthern. Die Entmutigung ist allgemein und noch weit stärker als die Angst. Im Februar 1859 lag Europa im Fieber, im Fe- bruar 1860 drückt es der Alp. Jeden Tag etwas Anderes! Nach der Zusammenkunft von Villafranca schien durch zwei Händedrücke der Zusammenkunft von Villafranca schien durch zwei Händedrücke zweier Kaiser Italiens Hoffnung vernichtet, und die der Erzherzoge in Flor zu stehen; Europa weiß jetzt, daß das Recht der Erzherzoge, in Villafranca förmlich „anerkannt“ und in Zürich bloß vorbehal- ten, plötzlich aufgegeben wurde und daß die Beziehungen zwischen Paris und Wien jetzt nicht besser sind, als am Tage der berühmten Anrede an Herrn v. Dübner. Nach dem Briefe des Kaisers an Koud- schin aller Zwiespalt zwischen Frankreich und England über die Hauptfragen zu Ende und das Bündniß durch den Handelsvertrag aus unzerstörbaren Grundsteinen gegründet zu sein. Doch was soll man jetzt zu diesen Oberhausverhandlungen über eine sekundäre und nicht einmal offiziell gestellte Frage denken! Und die Aufregung durch die nizza-savoyische Frage ist in Italien nicht minder stark, wie in England, die Italiener sind bloß schonender in Worten, ihre Gefühle sind dieselben wie die der Engländer. Eine nizza'sche Frage giebt es übrigens für sie eigentlich nicht, über diesen Punkt gestatten sie gar keine Diskussion; über Savoyen sind sie jedoch minder einmüthig; aber die französische offiziöse Presse hat sich sehr geirrt, als sie behauptete, die unermeßliche Majorität der Savoyer sei für Anschluß an Frankreich. Diese Majorität ist nicht bloß nicht zum Vorschein gekommen, sondern die Separatistenpartei wird mit jedem Tage kleiner und von den angesehensten und einflussreichsten Männern Savoyens bekämpft, von den Fessigny, Sonnaz, Faverges, Savoi- rour, Holland, Foray, Quincy, Baillet de St. Esgues, Sessy, Ar- cines und Beauregard. Fälschlich und rechtlich betrachtet ist daher die savoyische Frage so einfach und so weit vorgerückt noch nicht, wie die offiziöse Presse wähnt. Willst du auf beiden Seiten die Wichtigkeit der Sache etwas übertrieben. Was Frankreich an- betrifft, so wird an dem Tage, wo das Mißgeschick Aller es will, daß Frankreich gegen Italien zu Felde zieht, Sardinien nicht ernst- lich sich einbilden wollen, ihm die Alpenpässe verschließen zu kön- nen; stets wurde zwar behauptet, es habe die Schlüssel der Alpen- pässe, doch es giebt keinen Zeitpunkt, wo es ihm gelang, zu verhin- dern, daß die Thore, zu denen es die Schlüssel hatte, erbrochen wur- den. Anders steht es mit Destréich; so lange es einen Zoll breit Landes auf der Halbinsel sein nennt, handelt Italien klug, wenn es alle Hülfquellen beisammen hält und sich auf seinem Punkte schwächt. So falsch die jetzige Lage Italiens auch noch ist, so fehlt es ihm freilich nicht an Widerstandsfähigkeit, zumal wenn Mittel- italien mit Piemont vereinigt ist; mit dem bestfestigten Mailand, mit Piacenza, Alessandria und Salas hat auch es sein achtungsge- bietendes Vertheidigungswiereck; mit Modena, Reggio, und nach Verstärkung der Stellungen auf der rechten Poseite, unweit von Mantua, mit den Legationen, die ihm das Thal von Comacchio sichern, mit dem Brückenkopf von Decio bello u. s. w., mit Tos- cana im Rücken, können die Italiener das österreichische Festungs- viereck zwischen Mincio und Gich umgehen und Venetien über- schwemmen, wo Piemont eine Entschädigung für Savoyen finden würde. Aber, noch einmal, bis jetzt ist die Frage noch nicht reif, und die offiziellen Artikel sind bloß erst Luftballons. Als der Kaiser der Franzosen in Italien einrückte, erklärte er, er beziehe keine Eroberungsgeanken, und der „Moniteur“ setzte später hinzu, Frankreich sei die einzige Macht, die Krieg für eine Idee führe; nichts beweise, daß die französische Regierung in diesem Punkte ihre Gesinnung geändert habe!

Paris, 12. Febr. [Ein Dementi; aus Rom und Konstantinopel.] Der heutige „Moniteur“ dementirt die Nachricht des „Corriere Mercantile“, wonach die in Italien stehende französische Armee über 6000 Mann durch Fieber und Typhus während des letzten Halbjahres verloren haben und eine Vermeh- rung von 15,000 Mann erhalten soll; das offizielle Blatt fügt hinzu die Zahl der Todesfälle habe die gewöhnliche Zahl nicht überschritten; von Typhus sei in den Hospitalberichten gar keine Rede, es würde natürlich gewesen sein, die durch Urlaubungen

der Kranken und Verwundeten entstandenen Lücken zu ergänzen, indeß habe man dies nicht gethan. — Nach hier eingetroffenen Berichten aus Rom vom 10. d. hat General Goyon in einer Pro- klamation die Hoffnung ausgesprochen, daß der Karneval ruhig verlaufen werde. Er unterlag politisches Gesehrei und wird Zu- sammenrottungen, die den Aufforderungen sich zu zerstreuen nicht Gehör geben, auseinander jagen lassen. Der mutmaßliche An- stifter der neulichen Demonstration ist verhaftet. Die Urlaub- ungen bei der französischen Division sind aufgehoben worden. — Nach Berichten aus Konstantinopel vom 4. Febr. waren seit der Abreise des Herrn Thouvenel große Veränderungen in den di- plomatischen Beziehungen eingetreten. Der französische Geschäfts- träger und der Vertreter Rußlands sahen einander gar nicht mehr, während Letzterer in ununterbrochenem Verkehr mit dem Gesand- ten Destréich stand. Die Finanzkommission beabsichtigt die Ein- führung einer Patentabgabe. Man hatte bis zum Belaufe von 32 Mill. Kaimes verbrannt. (Tel.)

Belgien.

Brüssel, 10. Febr. [Die Debatte über die Unter- richtsfrage] hat die Kammerfessionen der letzten Tage in An- spruch genommen. Es handelt sich um die sogenannten Normal- schulen (zur Bildung von Volksschullehrern), deren Mehrzahl sich heute zu Tage in den Händen der Geistlichkeit befindet, während das Gesetz die betreffenden Anstalten des Staates auf gleichen Fuß und gleiche Zahl mit denen des Klerus gestellt wissen will. Ein Amendement auf Vermehrung der dem Staate zugehörigen Nor- malschulen war demnach von Herrn Dris und Konjorten einge- bracht und von der Regierung genehmigt worden. Die Rechte, und namentlich Hr. Dumortier, sprachen gegen diese „Ungeheuerlichkeit“. Der sehr heftig gewordene Kampf wurde heute durch Genehmigung des Dris'schen Amendements auf Vermehrung der dem Staate zu- gehörigen Anstalten beschlossen. 54 Mitglieder stimmten dafür, 40 dagegen. (R. 3.)

— [Strandräuber.] Am 24. Januar scheiterte in der Nähe von Blankenbeeghe (Belgien) das französische Schiff „Les Trois Soeurs“. Mit großer Gefahr rettete sich die Mannschaft. Dieselbe fand gasförmige Aufnahme bei den Bewohnern der Küste. Als aber der Kapitän Sevestre am andern Tage sich mit seinen Leuten nach dem Brack wagte, um von den Habseligkeiten das zu retten, was zu retten war, fanden die Unglücklichen bei der Rück- kehr ihre Wirthin in Räuber verandelt, die ihnen alles, was sie gerettet hatten, mit Gewalt wegnahmen. Und dieses fand statt im Angesicht der Behörden, der Gendarmen, der Zollbeam- ten, die sich vergeblich diesem „Strandräuber“ widersetzten. Kapitän Sevestre hat sich schlagend an den französischen Konsul in Antwer- pen gewandt.

Schweiz.

Bern, 9. Februar. [Verhältniß der Schweiz zur sa- voyischen Frage.] Die Schweizer theilen in der savoyischen Angelegenheit im buchstäblichsten Sinne die Haut des Bären, be- vor er erlegt ist. Eine in Genf erschienene Karte des neutralisirten Theils von Savoyen bringt folgende statistische Notizen: Chablais 51,000 Einwohner, Faucigny 73,000, der Distrikt von Carouge (d. h. der Theil des Genevois, welcher nördlich vom Jura des Les liegt) 10,000, im Ganzen also 134,000 Einwohner. Am Fuße der Karte findet sich die wohlgeleitete Bemerkung: „Chablais und Faucigny bilden einen Schweizerkanton, das Carougeois wird mit dem Kanton Genf vereinigt, vorausgesetzt, daß die Bevölkerung nicht einen Anstoß an Chablais und Faucigny vorzieht“, u. dgl. mehr. Ueber diese Eintheilung hat sich nun in der schweizerischen Presse bereits eine lebhafteste Debatte entsponnen und der „Bund“ meint, das Faucigny und Carougeois sei Genf, das durch eine an- sehnliche Bergkette im Süden abgeschlossene Chablais aber dem St. Waadt zuzutheilen. Inzwischen hat die Schweiz darüber, daß im Falle einer Abtretung Savoyens an Frankreich ihren auf den Tu- riner Vertrag gestützten Ansprüchen Rechnung getragen werde, noch gar keine weitere Garantie, als die unbestimmte Nachricht, der schweizerische Gesandte in Paris haben wegen dieser Angelegenheit in den Tuilerien eine Audienz gehabt. Von dem Resultat dersel- ben weiß selbst der quasi-offizielle „Bund“ nichts, ja er beruft sich sogar in seiner Notiz über diese Audienz bloß auf eine Mittheilung des Pariser Korrespondenten des „Journal de Genève“. Es ist klar, daß die Schweizerbehörden eben so wenig als das Schweizer- volk über den wahren Stand der Angelegenheit unterrichtet sind. Sie appelliren lediglich an die Großmuth des französischen Kaisers und auch die letzterhandene Broschüre über den „question de Sa- voye“ von William de la Rive läßt sich dahin resumiren, daß der Ver- fasser neben einigen wohlklingenden patriotischen Exclamationen die Ueberzeugung ausspricht, die Tuilerien werden loyal genug sein, die Ansprüche der Schweiz zu berücksichtigen. Da nun aber bekannt- lich die gesamte französische Zeitungs- und Presse in ihren jüngsten De- batten über die savoyische Annexionfrage dieser Ansprüche mit kei- nem Wort Erwähnung that, so fangen nach und nach auch die Zuversichtlichsten an, mißtrauisch zu werden, und selbst der „Bund“ in seiner offiziellen Rathlosigkeit sendet sie und da einen unbe- stimmten Nothruf ins deutsche Land hinaus, der indessen in der deutschen Presse nur ein mattes und bei den deutschen Regierungen gar kein Echo zu finden scheint. In der That hat der schweizerische Bundesrath bisher außer den Aufträgen an Buillemin zur Abfa- lung der Memorialien für einen Kongreß, der nicht stattgefunden, in der savoyischen Angelegenheit nichts gethan. Indessen hat diese Be- hörde trotz der beruhigenden Drakelweisheit Grandguillois'scher Ar- tikel das dunkle Gefühl, daß das Rad der napoleonischen Politik sich in dieser Frage auch ohne das Zuthun der Schweiz vorwärts bewege, und ermannt sich nun zur Ernennung eines Gesandten, der in Turin die Interessen der Schweiz vertreten soll. Aber schon las- sen sich Stimmen hören, welche diese Maßregel als verspätet be- zeichnen und den Spruch kommentiren: „Nach der That hält der Schweizer Rath.“ Ein Telegramm des „Handelscouriers“ vom 4. Februar erklärt bereits, von der ganzen savoyischen Angelegenheit werde der Schweiz bloß das Nachsehen bleiben und jedenfalls ist es ominös genug, wenn der Genfer Diktator, James Fazy, dessen Be- ziehungen zu den Tuilerien bekannt sind, obwohl sie ihn dieses Mal allem Anschein nach nicht ganz in die Karten blicken ließen, zu Volksdemonstrationen auffordert und mit Bestimmtheit behauptet, am 27. Januar sei der Vertrag über die Abtretung Savoyens un- terzeichnet worden. (Pr. 3.)

Italien.

Chambery, 8. Febr. [Hülferuf an England.] Unter dem gestrigen Tage hat das am 29. Januar konstituirte patriotische Ko- mité (aus 24 der angesehensten Einwohner der Hauptstadt Sa- voyens bestehend), unter der Ueberschrift: „Savoyen an das eng- lische Volk!“ einen gegen die Losreißungsgefühle gerichteten Hülfe- ruf erlassen, dessen Anfang lautet: „Seit fast sechs Monaten haben einige Personen in Savoyen, denen es nicht gelang, für ihre von Haus zu Haus getragenen Petitionen zwanzig anständige Unter- schriften zu erzielen, durch ihre Ränke darauf hingearbeitet, das konstitutionelle Savoyen dem imperialistischen Frankreich in die Hände zu liefern. Ihr Organ, der ihnen gehörende „Courier des Alpes“, hat seit der erwähnten Zeit ohne Unterlaß die einmüthige Zustimmung Savoyens zu diesen Einverleibungsgefühlen verfun- digt. So lange diese Behauptungen innerhalb des Bereiches unsrer Berge blieben, behandelte unser ruhiges und stolzes Volk sie mit Verachtung. Die Pariser „Presse“ aber fand es für gut, sich zum Echo dieser Lügen zu machen; als gefällige Helfershelferin ver- meintlicher ehrgeiziger Bestrebungen suchte sie die öffentliche Mei- nung irre zu leiten und Europa dadurch zu täuschen, daß sie ein paar vereinzelte Wünsche als den Gesinnungsausdruck von ganz Savoyen darstellte. Da waren Schweigen und Unthätigkeit nicht mehr länger möglich.“ Es wird nun der am 29. Jan. in Cham- berry zu Gunsten des Verbleibens bei Piemont stattgehabten glän- zenden Kundgebung Erwähnung gethan, und dann heißt es weiter: „Eine solche Kundgebung war geeignet, den Zorn der französischen Presse, welche der Obrigkeit gegenüber so gefügig ist, zu erregen, und wir sind neuerdings Zeugen davon gewesen, wie eine unglaub- liche Frechheit in Lügen und Verleumdungen die französischen Blät- ter schändete. Die Kundgebung vom 29. Jan. ist auf die unwür- digste Weise verdreht worden. Das englische Volk durch den freien Gebrauch, den es von der Freiheit macht, daran gewöhnt, sich nicht hintergehen zu lassen, so wie durch sein wohlgegründetes Mißtrauen daran gewöhnt, auf seiner Hut gegen Falschheit und selbstthätigen Ehrgeiz zu sein, wird sich durch solche Kunstgriffe nicht täuschen lassen. Das in seiner Integrität, Unabhängigkeit und Freiheit be- drohte Savoyen hat auf England gezählt. Zwar haben wir Ver- trauen zu der Redlichkeit des Königs Victor Emanuel II. und zu seiner Anhänglichkeit an unser Land, so wie zu der Geradheit und Festigkeit seiner Regierung; aber wir wissen auch, über welche Stärke eine durch Irrthum auf falsche Bahnen geleitete Macht in der Welt gebieten kann. Wir nahen uns dir, Volk von England, weil du unter allen Völkern groß in der Freiheit bist; weil deine mächtige Stimme, die nach der Unabhängigkeit ringen- den Nationen ermutigend, sie schützen kann, indem sie unübersteig- liche Bollwerke vor ihnen errichtet. Im Namen der gemeinsamen Interessen, welche die Völker mit einander verbinden, beschwören wir dich, nicht zu gestatten, daß das alte Land der Allobroger, wel- ches sein Gebiet und seine Rechte gegen die ehemaligen Beherrscher der Welt vertheidigte, jetzt zum Legefeld ihrer Abkömmlinge werde; daß ein Volk, so klein es auch sein mag, vertilgt werde, um einer Nation, so groß sie auch dereinst werden mag, die Freiheit zu geben. Wer unsere Freiheit vertheidigt, der vertheidigt zu gleicher Zeit die Freiheit der Welt; denn die Freiheit der Welt kann morgen durch einen Ehrgeiz gefährdet werden, den der erste Erfolg noch stärker und begehrtlicher machen würde.“

— [England und die italienische Frage.] Die Dis- kussion über die Annexion von Savoyen und Nizza im englischen Oberhause (s. gest. 3.) nimmt sich ganz anders aus, als in dem tele- graphischen Auszuge; mit Recht nennt Graf Grey die Rückäuße- rungen Frankreichs unbefriedigend und Besorgniß erregend. Daß Napoleon für die Vergrößerung Sardinien's ein Äquivalent ver- langt, scheint außer Zweifel. Die Verhältnisse Englands zu dem treuen Allirten sind offenbar sehr zarter Natur; die Freunde des englischen Kabinet's sind sehr in Besorgniß, daß zu laut gesprochen werde. Die Vorschläge des Lord John zur Regelung der italieni- schen Frage machen seinem guten Herzen und seiner harmlosen Di- plomatie alle Ehre; sie sind gewiß ausschließlich sein Werk; das Beste ist, daß er über den Hauptpunkt, den vierten, seit dem 14. Ja- nuar noch keine Antwort von Frankreich hat. Napoleon scheint sich mit der Vereinigung Mittelitaliens mit Piemont keineswegs über- eilen zu wollen, und haben wir seit dem April 1859 so viele plötz- liche Wandlungen der napoleonischen Politik gesehen, so ist es nicht unmöglich, daß er den gutmüthigen Lord John abermals mit einer neuen überrascht.

— [Rüstungen.] Es unterliegt keinem Zweifel, daß Destréich und Neapel sich rüsten; aus dem Venetianischen kommen täg- lich Nachrichten von der Ankunft neuer Truppenabtheilungen, be- deutender Kriegsvorräthe und gezogener Kanonen zur Armirung der Festungen, so wie auch von dem Baue neuer Befestigungswerke in Peschiera, Verona und Mantua. Auch Frankreich bringt die in Italien stehenden Truppenkörper auf den vollständigen Kriegsfuß; doch werden sie die schon festgelegte Zahl von 50,000 Mann nicht überschreiten. Diese ist jetzt in Folge von Krankheiten, Urlaub- ungen und Entlassungen bedeutend geringer, im Ganzen nur etwa 35,000 Mann, obwohl die Kadres für die oben angegebene Anzahl vollständig sind. (R. 3.)

Mailand, 9. Febr. [Rüstungen.] Der „Ar. 3.“ wird abermals von ihrem hiesigen Korrespondenten über die Rüstungen, die auf einen nahe bevorstehenden Kriegszug gegen Venetien deu- ten, Näheres gemeldet. In der Waffenfabrik zu Brescia wird Tag und Nacht gearbeitet und kaum sind einige hundert Gewehre fer- tig, so werden dieselben in Kisten verpackt und an die verschiedenen Punkte der venetianischen Grenze expedirt, um gegebenen Falls da- hin eingeführt zu werden. Der Depeschenwechsel zwischen dem hie- sigen französischen Okkupationsstruppen-Kommando und den Tuile- rien sowohl als Turin ist ein außerordentlich lebhafter und kein Tag vergeht, an dem Marschall Bataillon nicht 2, oft 3 bis 5 Ku- riere empfangt, da solche Depeschen jedesmal durch eigene Kuriere befördert werden. Seit einigen Tagen sieht man von Genua bis Brescia nichts Anderes, als Juaven und gezogene Kanonen. Es wäre gar nicht zu wundern, wenn Europa in einigen Tagen sich wieder einer vollbrachten Thatfache, nämlich einer Armee von 200,000 Mann an der venetianischen Grenze gegenüberläge.

Florenz, 2. Febr. [Theaterzensur.] So eben erscheint der „Monitore“ mit einem Dekrete, welches, „erwägend, daß in je- dem zivilisirten Lande das Nationaltheater in Ehren gehalten und zur Würde einer Schule des Volkes erhoben werden solle“, ein Zen-

furkollegium fürs Theater einsetzt, anstatt des einzelnen Censors, der unter dem Minister Landucci fungirte. Freilich hat sich der gute Mann den Umständen gefügt und Stüde erlaubt, die sein Minister in alten Zeiten mit der Galeere bestraft hätte, wie z. B. die beiden politischen Lustspiele „Troppo Tardi“ und „il patto di famiglia“, die sich über Oesterreich und über den Kongress lustig machen.

Modena, 6. Februar. [Ein Dekret Farini's] setzt in allen Gemeinden, Bezirken und Provinzen der Emilia statistische Kommission ein, zum Zwecke der Abfassung einer allgemeinen Statistik.

Neapel, 4. Febr. [Die Stimmung.] Man glaubt, daß es nicht mehr lange dauern könne, bis auch Neapel aus seiner politischen Ruhe aufgeregt und zu irgend einem Handeln gedrängt werden müsse. Besonders ist es die Gelehrtenklasse und die gebildete Bürgerschaft, bei der die innere Aufregung mächtig zu wachsen beginnt. Alles ist davon überzeugt, daß es bald anders werden wird. Die Stärke der Hoffnung entspricht dem auf den Gemüthern lastenden Drucke. Es ist die Unsicherheit der eignen Person gegenüber den nächtlichen Verhaftungen und monatelangen Einkerkern ohne Verhör und Urtheil; es ist der jammervolle Stillstand in jedem Zweige des wissenschaftlichen wie industriellen Lebens, es ist die absolute Willkür, womit über Geld und Leute des Landes in dynastischem Interesse verfügt wird, was Alles wie ein Alp auf diesem Lande ruht, das doch bei der Bildungsfähigkeit seiner Bewohner und bei dem Reichtum seiner Hülfquellen das glücklichste Land der Erde sein könnte, wenn die Regierung verstände und verstande hätte, es zeitgemäß zu regieren. Mit der Mißstimmung wächst aber auch das Mißtrauen. Niemand wagt über Politik zu sprechen, weil man allenthalben Verrath und Polizei wittert. Die Schwüle wird immer drückender. (R. 3.)

— [Rüftungen; französische Note.] Die große Frage des Augenblicks, die Frage, welche die italienischen Angelegenheiten auf ein andres Terrain bringen kann, ist die neapolitanische Intervention in den Kirchenstaaten. Alles deutet darauf hin, schreibt man der Pariser „Presse“, daß die Intervention beschlossen ist, die Armee Pianelli's steht auf der Grenze und wird jeden Tag verstärkt. Es ist fabelhaft, was an Menschen und Munition nach den Abruzzern abgeht, und es läßt sich nicht annehmen, daß diese Flinten- und Kanonenfugeln zu Manövern bestimmt sind. Der Ober-General beobachtet die Romagna aufs Schärfsche, und beim ersten Gerüchte von einem Aufstande oder irgend einer Demonstration nähert er sich den Grenzen. Auf der andern Seite beeilt der König die neuen Aushebungen. Die Zöglinge werden aus den Schulen gerissen, und ein hoher Beamter theilte mir gestern als positives Faktum mit, die Regierung werde die ausgedienten Soldaten einberufen. — Man sagt, der französische Gesandte habe dem Könige eine Note überreicht, worin die französische Regierung erklärt, französische Truppen würden Neapel besetzen, wenn die Neapolitaner die Grenze überschreiten, und auch Avellino, wenn der Papst sich nach Benevent flüchtet.

Neapel, 8. Febr. [Das Kabinet; Militärisches.] Die Kabinettskrisis ist noch nicht zu Ende, da Fürst Cassaro sich sehr bitten läßt, jedoch an dessen Annahme nicht mehr gezwungen wird und folgende Kabinettsliste für wahrscheinlich gilt: Fürst Cassaro Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen; Baron Savarese Finanz-, Ritter Bonnucci Justiz-, Spinelli Arbeitsminister, und Bozzelli Minister des Innern. — Am 7. Febr. hielt der König eine Revue über die Truppen, die in marschfertiger Ausrüstung aufmarschirt waren. Neue Bataillone aus Einheimischen und Fremden sind gebildet, so wie 15,000 Mann Municipalgarden mobil gemacht und nach den Abruzzern in Marsch gesetzt worden. Heute wollte man wissen, General Pianelli habe wirklich Befehl, im gegebenen Falle mit den päpstlichen Truppen gemeinschaftlich zu operiren. Bekanntlich wurde in jüngster Zeit wiederholt behauptet, es sei zwischen Rom, Neapel und Wien zu einem italienischen Schutz- und Trugbündnisse gekommen.

Spanien.

Madrid, 9. Febr. [Vom Kriegsschauplatz etc.] Vorgestern hat der Rest des spanischen Heeres seinen Einzug in Tetuan gehalten, man fand daselbst dreihundert Kanonen vor. Das Heer schickt der Königin acht in den Schanzgräben weggenommene Kanonen, ferner zwei Fahnen und das Zelt von Sidi-Ahmed. Odonnell hat die Zuführung von Zelten und Säcken verlangt, jedoch Gegenbefehl geschickt, da es unmöglich erscheine, die Mauren ins Innere des Landes zu verfolgen. Der neue Herzog von Tetuan hat es also klüglich aufgegeben, sich auf einen Feldzug nach dem Siege der Regierung, nachdem die Regierungstruppen in die Schlacht geschlagen, einzulassen und die Bergstämme zur allgemeinen Theilnahme am Guerillakriege zu nöthigen. Von den zwei Lagern, welche die Mauren gebildet hatten, lag das eine auf den Anhöhen der rechten Seite der Festung Tetuan; ein zweites Lager war am Fuße der Stadtmauern selbst errichtet worden. Der Weg, den die Spanier von ihren Stellungen aus zu leichterem zu machen hatten, war gut gebahnt, zumal durch die heftigen Stürme der letzten Tage die Pflügen getrocknet waren. In dem Lager am Fuße der Stadtmauern standen nur etwa 300 Reiter und 1000 Mann zu Fuß, dagegen waren in dem auf der Anhöhe über 8000 Mann Verstärkungen in den letzten Tagen eingetroffen. So ersehen wir aus einem Briefe der „Independencia“ aus dem spanischen Lager vom 29. Januar. Nähere Angaben über die Schlacht selbst fehlen noch. Den Spaniern wurden in der Schlacht vom 4. Februar 10 Offiziere und 58 Soldaten getödtet, 57 Offiziere, darunter 4 höhere, und 711 Soldaten verwundet. — Gestern wurde die Königin auf ihrer Fahrt nach der Atochakirche von der Bevölkerung mit begeisterten Zurufen empfangen. — Mehrere französische Fahrzeuge sind an den spanischen Küsten gescheitert, die Mannschaften jedoch gerettet worden. — Wie aus Gibraltar gemeldet wird, waren die vier preussischen Offiziere, welche sich in das Hauptquartier Odonnell's begeben wollten, am 29. Januar in Gibraltar angekommen und am 3. Febr. über Algier nach Afrika abgereist.

— [Ein Gefechtsbericht.] Aus dem Tetuaner Thale vom 1. Februar bringt die „Ind.“ einen Bericht über das Gefechte vom 31. Januar, das dem Siege vom 4. d. und der Einnahme von Tetuan vorher ging. Früh Morgens schon waren die westlichen und nördlichen Anhöhen des Thales mit arabischen Reitern bedeckt, die sich bald nach dem verschanzten spanischen Lager bewegten. Um 9 Uhr stand das spanische Heer in Schlachtfeldordnung,

mit Ausnahme einer Abtheilung des 2. Armeekorps. General Rios stellte zuerst sein Korps außerhalb der Verschanzungen in parallelen Kolonnen auf, rückte durch die Sümpfe vor und stieß alsbald auf ein Korps von 5—6000 maurischen Reitern, von denen er mit einem lebhaften Feuer empfangen wurde und empfindliche Verluste erlitt. General Rios ließ von drei Regimentern Carré bilden, die Mauren mit gefülltem Bayonnette angreifen und bis nach den Gärten von Tetuan zurücktreiben. Inzwischen hatte die schwere Artillerie sich mühsam auf einem Hügel dem marokkanischen Lager gegenüber aufgestellt, während Rios de Dlano und Prim mit allen disponiblen Truppen im Centrum und auf dem rechten Flügel der Schlachtreihe vorgingen. Bis 1 Uhr Mittags boten die Mauren mit Nachdruck der Artillerie Stand, und sie suchten das spanische Heer zu umgehen, als Odonnell zum allgemeinen Angriff kommandirte. Die Infanterie stürmte mit gefülltem Bayonnette, die Reiterei mit gezogenem Säbel auf den Feind; aber die Mauren hatten seit dem Gefechte des 1. Januar am Eingange zu den Gärten tiefe mit Stroh bedeckte Gruben gegraben, in welche die spanische Reiterei hineingeriet; auf dem rechten Flügel waren die Kürassiere jedoch glücklicher und warfen die Mauren in die Gärten, während Prim und Enrique Odonnell sich durch einen kühnen Handstreich der Anhöhen auf dem rechten Flügel bemächtigten, dabei mehrere Tausend maurischer Reiter abschnitten, dieselben jedoch entkommen lassen mußten. Der Kampf dauerte bis in die Nacht, worauf die spanische Armee alle ihre während des Kampfes besetzten Stellungen wieder aufgab und ins Lager zurückkehrte. Materiell war dieser Sieg also von keiner Bedeutung.

Dänemark.

Flensburg, 12. Febr. [Adresse.] Es ist von den Ständen eine umfassende Adresse an den König beschloffen worden. Dieselbe sagt: „Die allerhöchste Bekanntmachung vom 25. Jan. 1852 hat kaum das kleinste Maß unserer gerechten Erwartungen befriedigt; aber auch diese Zusicherungen werden durchgehends nicht gehalten. Die Spezialverfassung für Schleswig und die Gesamtstaatsverfassung verlangen beide diese Zusicherungen. Statt der verheißenen Gleichberechtigung der Nationalitäten ist eine gewaltsame, schonungslose Unterdrückung des deutschen Elementes eingetreten. Nur eine vollständige Umkehr von dem bisherigen Wege kann zum Frieden führen. Da die Zusicherungen der Bekanntmachung von 1852 sich nicht einseitig auf Holstein, sondern ganz eben auf Schleswig bezogen, so können die für Holstein am 6. November 1858 aufgehobenen Verfassungsbestimmungen nebst der Gesamtstaatsverfassung von 1855 nicht mehr für Schleswig gelten.“ Die Stände verweisen auf die am 7. Sept. 1846 der deutschen Bundesversammlung übergebenen, die Verbindung Schleswigs mit Holstein anerkennende Erklärung Dänemarks und protestiren feierlich gegen alle künftigen, wie bisherigen, eine Trennung Schleswigs von Holstein bezweckenden Maßnahmen. — Sechszwanzig Abgeordnete, also mehr als die Majorität der Versammlung, haben die Adresse unterschrieben. Kommen Dienstag beginnen die Plenarverhandlungen über dieselbe. (Tel.)

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 13. Febr. Die Beratung über den Gesetzentwurf, das Eherecht betreffend, hatte heute ein zahlreiches Publikum auf den Tribünen und in den Logen für die Abgeordneten versammelt. Auch die Diplomatenloge ist gefüllt. Es sind etwa 130 Mitglieder anwesend. Von den Ministern sind anwesend die Herren Simons, Graf Pückler, v. Bethmann-Hollweg, v. Auerswald, v. Patow. Die Kommission wünscht, daß über jeden der drei Titel des Entwurfs eine gesonderte Generaldiskussion stattfinde, wie sie bereits in ihren Beratungen verfahren. In Betreff der Generaldiskussion über Titel I. Abschnitte 1 und 2 hat die Kommission die Diskussion über die §§. 1 und 2 verbunden. Dr. Stahl glaubt es zweckmäßig, die Generaldiskussion über alle Theile zu erweitern, womit nicht ausgeschlossen sein mag, daß über den dritten Theil noch eine gesonderte Generaldiskussion stattfinden. Zu Titel I. Abschnitte 1 und 2 sind folgende Verbesserungsanträge eingebracht worden:

1) Vom Grafen v. Zeyher und Hr. v. Frankenberg-Ludwigsdorf: das Herrenhaus wolle beschließen: statt des Titel I. Abschnitt 1 und 2 der Gesetzesvorlage folgende Paragraphen anzunehmen: §. 1. Zur bürgerlichen Rechtsgültigkeit einer Ehe wird die kirchliche Trauung durch einen Geistlichen erforderlich, welcher zur Führung eines mit öffentlichem Glauben versehenen Kirchenbuches berechtigt ist. §. 2. Wenn jedoch Personen, welche zu einer nach bürgerlichen Gesetzen zulässigen Ehe schreiten wollen, die Trauung verweigert wird, so kann die eheliche Verbindung mit voller bürgerlicher Gültigkeit vor dem Richter eingegangen werden, ohne daß es einer Erklärung des Austritts aus der Kirche bedarf. §. 3. Die Eheschließung und Beglaubigung einer solchen Ehe erfolgt nach den Vorschriften der Verordnung vom 30. März 1847 (Gesetzsamml. Seite 125). Die bürgerliche Rechtsgültigkeit einer solchen Ehe beginnt jedoch mit dem Zeitpunkte der vor dem Richter abgegebenen Erklärung. Auch kann der Eheschließung vor dem Richter die kirchliche Trauung jederzeit nachfolgen. §. 4. Im Uebrigen wird an den Bestimmungen der Verordnung vom 30. März 1847 (Gesetzsamml. Seite 125) und des Gesetzes vom 23. Juli 1847 (Gesetzsamml. Seite 263), so wie auch der Bestimmungen des Gesetzes vom 3. April 1854 (Gesetzsamml. Seite 469), nach welchen in außereuropäischen Ländern die Eheschließung auch vor einem Konsul erfolgen kann, nichts geändert. §. 5. Die §§. 442 und 443 Th. II. Titel 11 des Allgemeinen Landrechts und der §. 130 des Anhangs zu demselben werden hiermit aufgehoben.

2) Von Hr. v. Meding. Das Herrenhaus wolle beschließen: statt des Tit. I. Abschnitt 1 und 2 folgende drei Paragraphen zu setzen: §. 1. Für alle Personen, die nicht unter die im §. 2 und §. 3 bezeichneten Ausnahmen fallen, begründet nach wie vor nur die Trauung durch den Geistlichen einer Kirchengemeinschaft, die zur Führung eines mit öffentlichem Glauben versehenen Kirchenbuches berechtigt ist, die bürgerliche Gültigkeit der Ehe. §. 2. Es bewendet bei den Bestimmungen der Verordnung vom 30. März 1847 (Gesetzsamml. Seite 125) und des Gesetzes vom 23. Juli 1847 (Gesetzsamml. Seite 263), wonach für die darin bezeichneten Personen zur bürgerlichen Gültigkeit ihrer Ehen der Abschuß derselben vor dem Richter erfolgen muß, so wie des Gesetzes vom 3. April 1854 (Gesetzsamml. Seite 469), nach welchem in außereuropäischen Ländern die Eheschließung vor einem Konsul erfolgen kann. §. 3. Geschiedene Personen, deren Wiederverheirathung keine in den bürgerlichen Gesetzen begründeten Hindernisse entgegensteht, denen aber die Wiedertrauung aus kirchlichen Gründen verweigert wird, ist die Eheschließung mit bürgerlicher Gültigkeit vor dem Richter in der im §. 16 des Gesetzes vom 30. März 1847 vorgeschriebenen Weise gestattet. Einer solchen kann die kirchliche Trauung jederzeit mitfolgen.

3) Von Dr. v. Zander (ist bereits gestern mündlich mitgeteilt. D. Red.). 4) Von Dr. Brüggemann und Genossen. Das Herrenhaus wolle beschließen: daß dem vorliegenden Gesetzentwurf ein Paragraph folgenden Inhalts hinzugefügt werde: Die Bestimmungen dieses Gesetzes und die bezüglich den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts finden auf Ehesachen der Katholiken keine Anwendung, vielmehr ist in Ehesachen derselben von den katholisch-geistlichen Ehegerichten nach kanonischem Rechte zu erkennen. Die Feststellung der zivilrechtlichen Verhältnisse bleibt den Staatsgerichten vorbehalten. — Motiv. Die Berücksichtigung der katholisch-geistlichen Grundsätze in Betreff der Ehe. Alle diese Anträge sind hinreichend unterstützt und kommen alle zur Debatte. Etwa 15 Redner lassen sich zum Worte einschreiben. Justizminister Simon nimmt das Wort vor der allgemeinen Diskussion, um die Regierungsvorlage vom Gesichtspunkte des Rechts und des Bedürfnisses zu beleuchten, das Recht nach der Verfassung unter Tendenza des Allg. R. und seiner Redaktoren, das Bedürfnis durch die in der Neuzeit hervorgetretenen zahlreichen Trauungsverweigerungen, welche das Kirchenregiment dann, so zu sagen, organisiert habe. Im Jahre 1859 seien allein 1811 Trauungen verweigert, davon 1117 genehmigt und 536 abgelehnt worden. Das verlange Abhülfe. Man dürfe die Wirk-

lichkeit historischer Thatfachen nicht ignoriren, als wenn sie gar nicht vorhanden. In der Verfassung von 1848 sei die Zivilehe so deutlich bezeichnet gewesen, daß sogar in verschiedenen Gegenden Zweifel entstanden seien, ob die kirchliche Trauung zur Eheschließung allein noch genüge, und während der Verfassungsrevision sei die fakultative Zivilehe so günstig aufgenommen (er wolle keinen Namen nennen, da er es hier mit der Sache zu thun habe; aber ein Blick in die damal. Verhandlungen werde genügen), daß keine Autorität in Kirche oder Rechtspflege vorhanden sei, die nicht zu jener Zeit mit Treuen ihre Namen unter eine Sache gesetzt, die jetzt so heftig angegriffen werde. — v. D. Gröben spricht vom theologischen Standpunkt gegen die Vorlage, und ist nur von Dank erfüllt gegen die Regierung wegen der 5 landrechtlichen Ehescheidungsgründe, deren Aufhebung durch die Vorlage in Aussicht gestellt ist. Dr. Ritter berg und Dr. Hommer sprechen gegen die Vorlage, letzterer befreit sogar die Nothwendigkeit eines solchen Gesetzes und nennt den Zanderischen Antrag eine versteckte fakultative Zivilehe. — v. Meding empfiehlt seinen Verbesserungsantrag. — v. Malgahn empfiehlt dringend die Verwerfung der Regierungsvorlage. — v. Zander: Wenn er allein zu beschließen hätte, würde er die obligatorische Zivilehe einführen; wenn man aber zu einem Resultate gelangen wolle, müsse von beiden Seiten Nachsicht geübt werden, er empfiehlt deshalb ein Amendement, das, obgleich es die Zivilehe einführe, doch über dieselbe hinausgehe und die fakultative Zivilehe in milder Form gewähre. — v. Below, zwar gegen das v. Zander'sche Amendement, jedoch bereit, aus Gründen innerer Nothwendigkeit eine beschränkte Zivilehe zu acceptiren. (Auf die Diskussion dieser wichtigen Vorlage, die übrigens heute fortgesetzt und schwerlich schon zur Ende gebracht werden dürfte, kommen wir zurück. D. Red.)

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 13. Februar. Die Gesetzentwürfe in Betreff der Armeereorganisation liegen jetzt gedruckt vor. Wir beschränken uns für heute darauf, den Gesetzentwurf, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste, mitzutheilen, und behalten uns vor, auf die dazu gehörigen Motive, so wie auf die damit in Verbindung stehenden finanziellen Vorlagen (Feststellung eines Nachtrages zum Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1860, und Forterhebung eines Zuschlages zur klassifizirten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Wahl- und Schlachtsteuer) demnachst zurückzukommen. Der Gesetzentwurf lautet:

§. 1. Die Bildung der bewaffneten Macht beruht auf der allgemeinen Wehrpflicht. Jeder Preuße, sobald er das 17. Lebensjahr vollendet hat, ist bis zum zurückgelegten 49. Lebensjahre zur Vertheidigung des Vaterlandes verpflichtet. §. 2. Die bewaffnete Macht besteht aus dem Heere, der Marine und dem Landsturm. §. 3. Das Heer zerfällt: 1) in das stehende Heer und 2) in die Landwehr. Die Marine: 1) in die stehende Marine und 2) in die Seewehr. Der Landsturm besteht aus den Wehrpflichtigen, welche weder dem Heere noch der Marine angehören. Die Stärke des Heeres und der Marine wird nach den jedesmaligen Staats-Verhältnissen bestimmt. §. 4. Das stehende Heer und die stehende Marine sind beständig zum Kriegsdienste bereit. Beide finden die Bildungsschulen der ganzen Nation für den Krieg. §. 5. Die Verpflichtung zum Dienst im stehenden Heere und in der stehenden Marine beginnt mit dem 1. Januar des Kalenderjahres, in welchem der Wehrpflichtige das 20. Lebensjahr vollendet. Sie dauert acht Jahre vom Tage des wirklich erfolgten Dienstbeginns an gerechnet. Während dieser acht Jahre sind die Mannschaften der Kavallerie die vier ersten Jahre, der Infanterie, Artillerie, der Pioniere und der Marine die ersten drei Jahre, des Trains das erste Halbjahr, zum ununterbrochenen Dienste bei den Fahnen verpflichtet. Während des Restes der achtjährigen Dienstzeit sind sie zur Reserve beurlaubt, insofern nicht die jährlichen Uebungen oder nothwendigen Verpfichtungen oder Mobilmachungen des Heeres, oder Ausrüstungen der Flotte die Einberufung zum Dienste erfordern. Zu den jährlichen Uebungen wird jeder Reservist während der Dauer des Reserveverhältnisses in der Regel nur zwei Mal, bei der Kavallerie in der Regel nur ein Mal herangezogen. §. 6. Die Landwehr und die Seewehr sind zur Unterstützung des stehenden Heeres und der stehenden Marine bestimmt. Die Landwehr dient zunächst nur zur Vertheidigung des Vaterlandes innerhalb der Landesgrenzen, jedoch behalten wir uns vor, dieselbe in dringenden Fällen gegen die Seewehr, für den Krieg auch über diese Grenzen hinaus zu verwenden. Die Zusammenberufung der Land- und Seewehr erfolgt in der Regel auf Unsern Befehl, ausnahmsweise, in den durch das Gesetz vom 4. Juni 1851 (Gesetzsamml. pro 1851, S. 451) vorgesehenen Fällen, auf Anordnung der kommandirenden Generale. §. 7. Der Eintritt in die Landwehr erfolgt mit dem Austritt aus dem stehenden Heere; der Eintritt in die Seewehr mit dem Austritt aus der stehenden Marine. Die Verpflichtung zum Dienst in der Landwehr und in der Seewehr ist von elfjähriger Dauer, schließt aber in den Fällen, wo dieselbe über das vollendete 39. Lebensjahr hinausreichen würde, mit dessen Ablauf ab. Die Entlassung eingetragener Mannschaften kann jedoch erst nach der Rückkehr in die diesseitigen Häfen erfolgen. Die Mannschaften der Landwehr und der Seewehr sind, wenn sie nicht zum Dienst (§. 6) oder zu den Uebungen einberufen worden, beurlaubt. Zu den Uebungen der Landwehr werden nur die vier ersten Altersklassen derselben und zwar jeder zu diesen Altersklassen gehörende Wehrmann mindestens ein Mal herangezogen. Diese Uebungen finden ein Mal des Jahres statt und sollen in der Regel nicht länger als acht Tage dauern. §. 8. Junge Leute von Bildung, die sich während ihrer Dienstzeit selbst beleiden, ausbilden und vervollenden wollen, können, insofern sie die ihrerseits gewonnenen Kenntnisse in dem vorchriftsmäßigen Umfange darzulegen vermögen, schon nach einer einjährigen Dienstzeit im stehenden Heere oder in der stehenden Marine zur Reserve beurlaubt werden, und wird ihnen dieses eine Dienstjahr als eine dreijährige (bei der Kavallerie als eine vierjährige) Dienstleistung innerhalb ihrer Dienstverpflichtung (§. 5) angerechnet. Sie sollen nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und Lebensverhältnisse zu Offizierstellen der Reserve, der Landwehr und der Seewehr vorgeschlagen werden. §. 9. Die beurlaubten Mannschaften des Heeres und der Marine (Reserve, Landwehr, Seewehr) stehen während der Beurlaubung unter einer militärischen Kontrolle, welche dieselben jedoch in der Wahl ihres Aufenthalts- oder Wohnorts im Inlande nicht beschränken darf. §. 10. Die in diesem Gesetz erlassenen Bestimmungen über die Dauer der Dienstverpflichtung innerhalb der einzelnen Abtheilungen des Heeres und der Marine gelten nur für den Frieden. Im Kriege entscheidet darüber allein das Bedürfnis und werden alsdann alle Abtheilungen des Heeres und der Marine, so weit sie einberufen sind, von den herangezogenen und Zurückgebliebenen nach Befehl zusammen, wenn ein feindlicher Einfall die Provinzen überzieht. §. 12. Das Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 3. September 1844, die Allerhöchste Kabinettsordre vom 3. November 1833 und die Landwehrordnung vom 21. November 1815, insofern dieselben dem Vorstehenden entgegengelegte Bestimmungen enthalten, sind aufgehoben. §. 13. Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen werden durch besondere Verordnungen erlassen. Beglaubigt: Das Staatsministerium. (Unterschriften.)

lokales und Provinzielles.

— L. Posen, 14. Febr. [Kaufmännische Vereinigung.] In der gestern stattgehabten ordentlichen General-Versammlung der kaufmännischen Vereinigung legte zunächst der Vorstand über die Verwaltung des Gesellschaftsvermögens pro 1859 Rechnung, die dechargirt wurde. Demnachst erfolgte die Neuwahl von zwei Vorstandsmitgliedern, welche statutenmäßig jetzt auscheiden; die Wahl fiel auf die Herren Dr. H. Cegielski und Edward Mamroth. Der Vorstand besteht sonach aus den Herren: H. Baath, M. Breslauer, S. Briske, Dr. H. Cegielski, B. Jaffe, J. M. Marwale und Ed. Mamroth. Sodann wählte die Versammlung 10 Mitglieder für das Schiedsgericht, und zwar die Herren: Robert Jch, Sal. Briske, Sam. Brodnicz, Ad. Czapski, Louis Gsch, Sal. Löwinski, Heymann Marcus, Rudolph Rabsilber, Ed. Rehnisch und A. Thörner.

— Posen, 13. Febr. [Aufgefundene Leiche.] Beim Sandaufgraben fanden vorgestern einige Knaben in Zerpce die Leiche eines vor fünf Monaten verstorbenen 10jährigen ertöhlten Knaben, von dessen Verwunden man bisher wohl nichts gewußt haben mochte. Man sagt, er sei bei einer Verwundung gewesen, welche es ihm zur Pflicht gemacht hatte, ohne 5 Sgr. täglich Verdienst für den Sandverkauf nicht nach Hause zu kommen. In der Bestattung fand man auch noch 2½ Sgr. Die Leiche ist aber binnen dieser kurzen Zeit schon stark in Verwesung übergegangen. (Beilage.)

Adelmann, 13. Febr. [Chausseebau; Poststraßen; Schulbau.] Eine Freudenbotschaft, wie sie lange nicht hergekommen, durchflog in diesen Tagen mit Blitzesschnelle unsere Stadt. Die schließliche, etwa 4 Meilen von hier gelegene Stadt Festenberg, welche ungedacht ihrer vielfachen Bedeutsamkeit bis jetzt ohne alle und jede Chausseen geblieben, wollte Alles aufbieten, einerseits einen Chausseebau hierher und andererseits Behufs ihrer Verbindung mit Breslau einen über Zülziburg u. f. w. herbeizuführen und fordern demzufolge auch die hiesige Stadt auf, die Sache mit zu betreiben. Obwohl wir für den Augenblick über die Stimmung des Kreises hinsichtlich des Projekts noch keine bestimmten Nachrichten haben, so steht doch zu hoffen, daß derselbe dem Vorhaben bereitwilligst Vorschub leisten werde, da ja die Adelmann-Direktoren Chaussee erst dann eine entsprechende Rentabilität wird entwickeln können, wenn von Adelmann aus die Chaussee namentlich in der Richtung nach Festenberg weiter geht. Daß aber unsere Stadt, welche alle denkbaren Nachteile der größten Noth zu tragen hat, den Festenberger Nachbarn auf das Nützlichste in die Hände arbeiten müsse und werde, darüber kann nicht der geringste Zweifel obwalten. Eräte sie doch dann in den Genuß aller der Vortheile, welche der Durchgang einer ausgedehnten und geraden Chausseelinie (Rastisch-Breslau) bieten kann. — Die Nachricht, daß unsere schließliche Nachbarstadt Zülziburg sich zu einer direkten Postverbindung mit Breslau verheißt, fordert ebenfalls zu thätiger Mitwirkung auf. Die Directendirectionen zu Posen und Breslau sollen mit der Sache lange schon einverstanden sein. Doch sollen der Einrichtung noch immer Hindernisse im Wege stehen, namentlich der Mangel an einem Lokale für die Posthalterei. Wir hören, daß ein derartiges Lokal bin- nebenher disponibel werden dürfte, und sollte dasselbe nicht allen Ansprüchen genügen, so kann es ja wohl dem Fiskus nicht schwer werden, bei der reichen Auswahl an Bauplätzen selbe nach Bedürfnis zu bauen. Es sollte unserm Erachtens der Fiskus namentlich an kleineren Orten jede Gelegenheit benutzen, notwendige Bauten selber in die Hand zu nehmen, oder doch zu denselben in jeder Weise zu ermuntern. In größeren Orten, wo die Privatpekulation dafür sorgt, ist das natürlich nicht möglich. Die hiesige Post hat in ihren Einnahmen in den letzten Jahren die erheblichsten Fortschritte gemacht; wenn sie in zeit- mäßiger Weise eingerichtet würde, so ist ein weiteres Steigen der Einnahme in Aussicht, namentlich aber dürfte das der Fall sein, wenn es erst zu einer direkten Postverbindung von Kempten nach Krotoschin kommen würde. — Ob der seit Jahren betriebene Bau der evang. Schule noch im nächsten Frühjahr vor sich gehen wird, scheint noch nicht ganz festzustehen. Doch wird zu Gun- sten des baldigen Anfangs viel verhandelt und in den letzten Tagen haben be- reits mehrere Baumeister ihre Bedingungen eingereicht. Die Kleinheit des je- tigen gemieteten Lokals für die erste Klasse macht allein schon den endlichen Be- ginn des Baues sehr wünschenswerth.

Z. Inowracław, 13. Febr. [Jüdisch-landwirthschaftliches Institut; Erbschaftsgericht.] Der Gutbesitzer E. und Direktor H. zu Stadoborsdorf in Braunschweig zeigen die Errichtung eines Instituts zur vollständigen Ausbildung junger Leute jüdischer Konfession zu tüchtigen Land- wirthern an, und zwar in der Art, daß sie sämmtliche vorzunehmende Arbeiten selbst verrichten und schägen, so wie eine Wirthschaft selbständig leiten lernen. Was in den betreffenden weitesten Kreisen freudig begrüßt wird, weil bis jetzt die meisten jüdischen Eltern sich schwer entschließen konnten, ihre Kinder eine Karriere ergreifen zu lassen, wo sie in ganz fremden Verhältnissen sich völlig vom jüdisch- konfessionellen Leben entfernen müßten. — Das Kreisverwaltungsamt wird abge- halten werden am 6. und 7. März in Inowracław, am 9., 10., 17. und 19. hier, 22. und 23. in Krotoschin, 25. und 26. März in Strzelino; die Eröffnung, so wie die Prüfung der Reklamationen der Kleriker- und Wehrmänner 1. Aufgebots wird hier stattfinden. — Die Unternehmer des vor Kurzem zur allgemeinen Befriedigung hier arrangirten Liebhabertheaters werden, wie wir hören, auf Verlangen nachstens eine zweite Vorstellung zu wohlthätigem Zwecke veranstalten.

Posen, 13. Februar. [Vergnügungen; Feuer; Militär; Gericht; Rathhaus; Gesundheitszustand; Noth.] So sehr auch über Geschäftstillle überall geklagt wird, so muß doch, wer auf die hiesi- gen äußeren Verhältnisse einen Blick wirft, unbedingt glauben, daß wir nur auf diesen Winter warten, weil die Dornen nicht auf der Oberfläche liegen. Wir sind in diesem Winter reich an Vergnügungen mannigfacher Art. Wir hatten bereits mehrere Konzerte, die sehr zahlreich besucht waren; wir haben zwei Liebhaber- theater, das eine in der christlichen, das andere in der jüdischen Ressource; und auch der Gesangsverein hat sich mehrmals öffentlich produziert. — Vorige Woche entstand in der Nacht in einer hart an der Stadt befindlichen Schankwirthschaft Feuer, bei welchem das Haus und die Stallungen ein Raub der Flammen wur- den. — In Betreff der Vergrößerung der hiesigen Garnison, die binnen Kur- zem erfolgen soll, waren bereits Intendanturbeamte hier, um die vorhandenen Lokalitäten in Augenschein zu nehmen, die in Folge dessen nöthig werdenden baulichen Erweiterungen oder Neubauten veranschlagen zu lassen und erforder- lichen Falls in Ausführung zu bringen. Es dürfte dies wohl nur auf das Lager- reich und die Reithahn Bezug haben, da die zweite Eskadron bei den Bürgern untergebracht wurde und Privatpersonen bereits sich zur Herstellung der Stal- lungen erboten haben. — In der vor einigen Tagen stattgehabten Stadtver- ordneten-Sitzung wurde der Beschluß des Justizministers bekannt, der in die Errichtung einer zweiten Gerichtskommission hier willigt. Es ist der Stadt aufgegeben, sich zu erklären, für welchen Miethspreis sie sämmtliche untere Lo- kalitäten und vier Zellen für Gefangene dem Gericht überlassen wolle. In Be- treff der von der Stadt verlangten Wachmeisterwohnung, die ein Parteienzim- mer liefern sollte, ist noch immer eine Einigung über den Preis nicht erzielt worden. Die Stadt besteht auf einer jährlichen Miete von 60 Thlr., während das Gericht diesen Betrag für zu hoch hält. Es bleibt somit den Beschauern des Gerichts nichts übrig, als sich nach wie vor der Anglist, dem Wind und Wetter im Hausflur auszuweisen. — Seit Jahren bestand die k. Regierung darauf, daß die Stadt eine Rathhausuhr beschaffen solle. Das ist nun zwar endlich gesche- hen; aber die Uhr, die mehrere hundert Thaler gekostet, blieb schon nach wenigen Wochen stehen, ist jetzt noch nicht wieder in Gang gesetzt. Die Stadt will, wie es heißt, gegen den Uhrmacher klagen werden. — Ueber den Gesundheitszu- stand werden hier vielfach Klagen laut. Es grassiren namentlich gastrische Fie- ber und verschiedene Kinderkrankheiten, die oft einen unglücklichen Verlauf ne- men. Man schreibt dies dem milden Winter und dem häufigen Temperaturwech- sel zu. Wir hatten in voriger Woche fast täglich anderes Wetter. Frost und Thauwetter wechselten oft mehrmals an einem Tage. In den letzten Tagen hat- ten wir 12 und 10 Grad unter Null (R.), gestern schlug jedoch das Wetter um und es weht eine milde Luft. — Unter den Armen herrscht in diesem Jahre grö- ßere Noth, als in den letzten Jahren. Man hört sehr viele Arbeitslosigkeit klagen, die eine Folge der Geschäftstillle ist. Hoffentlich wird die Eröffnung der Schiffahrt den Verkehr heben und auch der Arbeiterklasse wieder Erwerb schaffen.

DREI LILIEN. Die Kaufleute Szamotulski und Israel aus Pinné, Guts- pächter Engler aus Potrymowice, Kupferstechermeister Blicher aus Bre- schen, Wirthsch. Inspektor Lechner aus Pinné und Gutsb. Cyski aus Dreilberg.

GOLDENER ADLER. Gutsb. Kottke aus Ziebnitz, Antmann Bis- kupski aus Zargowagorka, die Kaufleute Kuchim, Mendel, Gotschick, Baruch und Gebrüder Kaphan aus Schroda, Gebrüder Anker aus Kitz- towa, Ponich aus Breschen, Wegner, Wundlich und Goldbaum aus Zerkow.

GOLDENES REH. Schafzüchter und Wollsortierer Widner aus Brom- berg, die Kaufleute Kasper aus Miskow, Szamotulski und Gutsb. Wundlich aus Mogasen, die Bürger Paprzycki, Krawczinski, Bigulke, Wedel und Andri aus Chodziez.

ZUM LAMM. Weinbändler Grubisch aus Grünberg.

Don 14. Februar.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Frau Wittmeister Krüger aus Tilsit, Gutsb. Jurek aus Ostrowitz, die Gutsb. Mittelstadt aus Ru- nowitz, v. Stöck aus Modlitz, v. Kozarowski aus Potrymowice und v. Kierski aus Briesen.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Wartenberg aus Breslau, Spielmeier aus Leipzig und Mayer aus Glogau, die Rittergutsb. Barth aus Pomern und Jeneke aus Karschau.

HOTEL DU NORD. Frau Gutsb. Grubowka aus Lutowo, die Gutsb. Mögisch aus Treben und Slawski aus Komornit.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Kaufleute Borneo aus Arn- walde und Hassenpflug aus Leipzig, Rittergutsb. v. Tscholka nebst Frau aus Krombin, die Brauereibesitzer Hoffmann aus Treptow und Burbaum aus Grünberg.

BAZAR. Die Gutsb. Frauen Gräfin Mielzynska aus Pablowitz und v. Ra- doska aus Dalezno, Kaufmann Silbermann aus Mainz, die Gutsb. v. Potworowski aus Kossowo, v. Szarnicki aus Pafostaw, v. Taza- nowski aus Wola rzyzeczna und v. Kojutski nebst Frau aus Wargowo.

SCHWARZER ADLER. Frau Zyrankiewicz aus Briesen, Gutsb. Schulz aus Rudy, Frau Gutsb. v. Raczynska und Fräulein v. Ra- czynska aus Orla.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsb. v. Winicki aus Gay und Gotschick aus Modlitz, Frau Justizrathin v. Langenmayer aus Mogasen, die Inspektoren Fink aus Welsa und Runge aus Pablowitz, die Kaufleute Daniel, Behrens, Saffinger und Walter aus Berlin, Busch- mann aus Gledern, Wölkel aus Mogasen, Stark aus Breslau, Steiner aus Mainz und Kaufmann aus Hannover.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsb. Treppmayer aus Wulla und Silber- brand aus Potrymowice, Fräul. Stahr aus Zielonka, Gutsb. Raabe aus Mogasen und Domänenpächter Kuder aus Mogowo.

HOTEL DE PARIS. Gutsb. Kadow aus Kuchowitz und Bürger Jasinski aus Wargowitz.

HOTEL ZUR KRONE. Wittwe Frau Bajt aus Kirchplatz-Borau, die Kaufleute Gebrüder Graupe aus Mogasen, Lewy, Spigolow und Bau- mann aus Birnbaum.

EICHENER BORN. Kaufmann Bachmann aus Eissa, Gerbermeister Ger- niewski aus Miskow, Schuhmacher Guterski und die Handelsleute Grosmann sen. und jun. aus Ploetz.

DREI LILIEN. Kaufmann Gutsb. aus Szarnikau, Bäckermeister Buiche und Vorwerkbesitzer Storch aus Wargowitz.

ZUM LAMM. Kaufmann Seider aus Grünberg und Lehrer Schulz aus Zerkow.

Berichtigung.

In der gestr. Zeitung S. 2, Sp. 1, 3. 38 v. oben muß es selbstverständlich st. „an den preussischen Hof“ heißen, „an den russischen Hof“.

Angekommene Fremde.

Don 13. Februar.

HOTEL DE PARIS. Kaufmann Reiser aus Schrimm, die Rittergutsb. Jzland aus Chodziez und v. Wierst aus Zerkow, Bürger Patzke aus Kottbus und Gutsb. v. Wierst aus Zerkow, Kaufmann Reiser aus Zerkow.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Gohs aus Ploetz, Krone und Glin- ther aus Glogau, Lehrer Levin aus Eibitz, Apotheker Mikowski aus Wurs. Goshin und Zahnmeister Niegas nebst Frau aus Schrimm.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Nothwendiger Verkauf.

Das den Bäckmeister Anton Ferdinand Mielchewski gehörige, unter Nr. 25 zu Stadt Bromberg bezogene Grundstück, abge- schätzt auf 6000 Thlr., 19 Sgr. 3 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur eingelebten Lage, soll

am 20. Juni 1860 Vormittags 11 Uhr.

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Alle unbekannten Realprätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hy- pothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgerichte anzumelden.

Bromberg, den 2. November 1859.

Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

Proklama.

Nach der Anzeige des Apothekers Olschow- ski zu Breslau ist ihm ein durch Adalbert v. Olschitz unter dem 17. März 1859 auf Ge- setz v. Olschitz in Potrymowice gegogenen, nach 6 Monaten bei der künftigen Bank- Agentur zu Krotoschin zahlbarer Wechsel über 1000 Thaler preussisch Kurant, welcher durch Adalbert v. Olschitz an den Apotheker Olschowski indossirt war, und den dieser an Revy Gohs zu Krotoschin indossirt hatte, zu Breslau vor der Abhandlung an Revy Gohs abhandeln genommen und deshalb dessen Amor- tisation beantragt. Der unbekannte Inhaber die- ses Wechsels wird daher aufgefordert, denselben bis zum 1. Juni 1860 dem unterzeichneten Ge- richt vorzulegen, da derselbe sonst für kraftlos erklärt wird.

Krotoschin, den 21. November 1859.

Königl. Kreisgericht. Erste Abtheilung.

Zu dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Michael Schönlant zu Posen hat der Inhaber der Handlung Jaco- bus Lesser Math. Sohn zu Proterode eine Forderung von 583 Thlr. 28 Sgr. und 8 Pf. 10 Sgr. 3 Pf., der Kaufmann Benkert & Douglas in Stettin eine dergleichen von 145 Thlr. 19 Sgr. und 2 Pf., der Kaufmann Gebrüder Wehberg in Gabelsberg 49 Thlr. 25 Sgr. und 1 Pf. 27 Sgr., so wie der Herr- vogt zu Schlewig-Golstein 410 Thlr. und 42 Pf. 5 Sgr. 6 Pf. nachträglich angemeldet. Der Termin zur Prüfung dieser Forderungen ist auf

den 25. Februar d. J. Vormitt. 11 Uhr

vor dem Kommissar im Instruktionszimmer an- beraumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntniß gesetzt werden.

Posen, den 27. Januar 1860.

Königl. Kreisgericht.

Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreisgericht zu Posen.

Posen, den 11. Februar 1860. Vormittags 12 1/2 Uhr.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Louis Adolph zu Posen ist der kaufmännische Kon- kurs eröffnet, und der Tag der ZahlungsEinstel- lung auf den 2. Februar c. festgesetzt worden.

Zu einseitigen Verwalter der Masse ist der Agent Heinrich Rosenthal hier bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf

den 20. Februar d. J. Vormittags 12 Uhr

vor dem Kommissar, Kreisrichter Mügel, im Instruktionszimmer anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Ver- waltung dieser Verwalter oder die Bestellung eines anderen einseitigen Verwalters abzu- geben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgeboten, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu bezahlen, vielmehr von dem Besitze der Gegenstände

bis zum 5. März d. J. einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse An- zeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendort zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandhaber und andere mit den- selben gleichberechtigte Gläubiger des Gemein- schuldners haben von den in ihrem Besitze befind- lichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshändig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrechte

bis zum 24. März d. J. einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnach zur Prüfung der sämmtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten For- derungen, so wie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals

auf den 31. März d. J. Vormittags 11 Uhr

vor dem Kommissar, Kreisrichter Mügel, im Instruktionszimmer zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen bei- zufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berech- tigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechts- anwälte Janetzki, Landgerichtsrath Grögor und Justizräthe Guderian und v. Gizecki hier zu Sachwaltern vorgezeichnet.

Posen, den 11. Februar 1860.

Königl. Kreisgericht. Abtheilung für Civilsachen.

Bekanntmachung.

Als mutmaßlich gestohlen ist polizeilich in Beschlag genommen: eine grobeleimene Plane mit Riemen und Schnallen, wie sie zum Zudecken eines Wagens gebraucht wird.

Champagner-, Wein-, Spi- rituosen- u. Waarenauktion.

Freitag den 17. Februar c. Vormit- tags von 9 Uhr ab werde ich im Laden

Wilhelmstraße Nr. 9

520 Flaschen Champagner, eine Partie Rhein-, Noth-

und Muscat-Weine, Absynth, Arac und Cognac

ferner: **2 Kisten Prastmalz, 1 Kiste Schwefelholz und 2 Ballen Hopfen,**

gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend ver- teigern.

Lipschitz, Auktionskommissarius.

Möbel-Auktion.

Montag am 20. Februar c. Vormit- tags werde ich im Auktionslokale Breite- straße 20 und Büttelstraße 10

ein herrschaftliches Mobiliar,

bestehend aus einer vollstän- digen Rußbaumholz-Garni- tur, d. i. Pluche-Sopha, Fau- teuils, Polsterstühle, Tabou- rets, Marmortisch etc.,

ferner: **Mahagoni- und Birken- Möbel, als: Tische, Stühle, Ein- phas, Spiegel, Sekretär u. c., ein eisernes Bettstell mit Ma- traze und einige Pelze**

gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend ver- teigern.

Lipschitz, Auktionskommissarius.

Das Grundstück Eichwaldstraße Nr. 15 (ge- nannt Eibitzien) mit circa 20 Morgen Ackerland beabsichtige ich zu verkaufen.

E. Altenberg, Königsstr. 19.

Ziegel-, Kalk-, Cement-Oefen

von vorzügl. Constr., rauchverz. **Dampfkessel-Feuerungen** bei mind. 20-30% Ersparn., worüber eine Menge Beläge u. wofür ich garantiere, **Spi- ritusbrennereien** n. d. neuest. Er- fahr. werden von mir angelegt oder Zeichnun- gen dazu geliefert. **W. Langerbeck,** Architect, B. Alliance Pl. 15, 1 Tr., Eing. i. d. Wilhelmstr., Berlin.

Holzjamen-Verkauf.

Samen von Kiefern a. d. 18 Sgr., Buchen- baum 11, Eiche 4, Weigeltanne 2 1/2, Weiserle 3, Kieferle 5, Eiche 2 1/2, Birke 1 1/2 Sgr., ver- kauft der Förster **Steinke** zu Buchwald bei Schwiedeburg i. Schl. Die Reinkraft kann auf Verlangen vor der Bezahlung geprobirt werden.

Für dortige Gegend wird Herr Sergeant **Riesel**, 7. Komp. 7. Inf. Regt. in Posen, Wallischei Nr. 67/68, Bestellungen annehmen.

Ein junger, weißer Ziegenbock ist zu ver- kaufen **St. Adalbert Nr. 28.**

Kanarienvögel sind gr. Gerberstraße 33 im 2. Stock zu verkaufen.

Stammochsen-Verkauf.

Auf dem Dom. **Ostschwitz** zwischen Bahn- hof **Trachenberg** und **Gellendorf** steht eine Anzahl junger sprunghafter Bullen schwyrer Race (vom Rigi-Stamm) zum Verkauf.

A. Gottschling.

Sehr billige Wintermäntel.

Um mit dem Reste meiner Wintermäntel zu räumen, verkaufe ich dieselben von heute ab zu herabgesetzten Preisen.

Simon Ephraim, Markt 66.

Echten Peru-Guano,

in Kommission von Herrn **Fr. Hornig in Dresden** — Nachfolger des Herrn **Deleonomierath C. Geyer** empfiehlt

Theodor Baarth.

Posen.

Geräucherten Speck	a Pfund 5 Sgr.
Schmeer	5
Gut geräucherte Schinken	5
Verchiedene Arten Wurst	5
Gutes Rindfleisch	2
Kalbsteck	1 1/2
Schweinefleisch	3
Schmalz	6

Da ich gestern einen Ochsen von 1000 Pfund geschlachtet habe, so öffere ich das Pfund a 3/4 Silbergrößen, wie auch vom Hinterviertel Rindfleisch a Pf. 3 Sgr., ebenso auch Kalb- fleisch a Pf. 3/4 Sgr.

Um geneigten Zupruch bittet

Leib Hirsch,
Krämerstraße Nr. 20.

verkauft der Fleischermeister **Stern** in Mür. **Goslin, Brombergstraße Nr. 91.**

Ausverkauf.

Wegen Auflösung des Geschäfts wird von heute ab mit dem Verlaufe sämt- licher Waaren zum Einkaufspreise vorgegangen.

Das bekanntlich bestens sortirte Lager der unterzeichneten seit 45 Jahren hierorts bestehenden Handlung, der stets vorrathhafte Einkauf der Waaren, giebt dem Publikum, hauptsächlich aber **Wiederverkäufern** die günstige Gelegenheit, sich überaus billig mit den verschiedensten, halbleinenen und baumwollenen Manufakturwaaren zu versehen.

Die Weinhandlung

J. A. Löwinoohn, Markt 84.

Für die Theaterabende verleihe ich stets die besten Operngläser.

W. Bernhard, Optikus,
Berlinerstr. 13.

Im Auftrage des Hauptbüreau der gemein- den deutigen **National-Lotterie** in Dresden werden **Scheitelloose** und Prospektie verabreicht bei

Pulvermacher,
Königlicher Lotterien-Einnehmer.

